

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 22

Artikel: Fünfzig Jahre Sowjetmacht
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077126>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Per 916 498

3. NOV. 1967

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

8. Jahrgang, Nr. 22

Erscheint alle zwei Wochen

Preis der Sondernummer Fr. 1.80

Bern, 1. November 1967

Bibliothek der
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Sondernummer

Mit dieser Nummer, verfasst von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Schweizerischen Ost-Instituts und der Osteuropa-Bibliothek, sollen Ursachen, Entwicklung und heutige Lage der Sowjetmacht dargestellt werden. In einem für diese Aufgabe knapp bemessenen Raum werden das Jahr 1917 in Russland (S. 3), die Epochen der Sowjetgeschichte (S. 5) und der Stand der Union (S. 15) beschrieben. Das neue SOI-Buch, «Ich sah die Revolutionäre», wird auf S. 2 vorgestellt.

Bahn frei — ins Ungewisse



Fünfzig Jahre Sowjet- macht



Das neue SOI-Buch

«Ich sah die Revolutionäre»

Sind Revolutionen das läuternde oder zerstörende Brandwerk ihrer Führer? Oder sind diese Führer nur die Statisten eines gesetzmässigen Ablaufs, nur die Vollstrecker eines vorgezeichneten Wegs? Eines ist gewiss: Immer haben die Köpfe der Revolutionen den Gang der Ereignisse unverwechselbar mitgeprägt und sind deshalb fürs Verständnis der Zusammenhänge eingehendster Betrachtung wert. Und dies besonders in unserer Zeit, deren Gesicht in hohem Masse von der russischen Revolution gezeichnet worden ist.

Popoff will nicht vor allem Deuter jener Tage sein und ebensowenig die Motoren jenes Umsturzes analysieren. Ihm geht es darum, die Faszination des persönlichen Erlebnisses und beson-

lais Jussupoff wohnte, schildert die Wucht, mit der jene Mordtat auf das russische Volk hereinbrach. Mit Schlaglichtern umreist er jene düstere Gestalt, ihre unheilvolle Wirkung und die hektischen Tage nach dem Mord. Popoff meint — und nicht zu Unrecht —, dass Rasputins Tod Russland mehr erschüttert habe als die Schüsse von Sarajewo und die deutsche Kriegserklärung. Nicht wenige Leute im Westen glauben, dass Lenin und seine Getreuen den Zaren gestürzt und die Revolution angefangen und vollzogen hätten. Das Kapitel über Alexander Kerenski zeigt aber, dass diese tragische Gestalt der erste und eigentliche Führer der Revolution gewesen ist, einer Revolution von unten, des Volkes. Im Frühjahr 1917 trat Kerenski der Regierung bei und übernahm die Ministerpräsidentschaft und versuchte während sieben Monaten, die Keime einer demokratischen Ordnung zu festigen. Nach seinem Sturze durch Lenins Bolschewisten flüchtete er in den Westen, wo ihn Popoff 1923 zum zweiten Male traf. Jenes Gespräch bildet das Kernstück des Kapitels und gibt uns einen klaren Einblick in die Vorgänge jener Jahre.

Der düstere Alltag

Popoff unternimmt es, im dritten und vierten Kapitel eine knappe Skizze aus dem Anfang des Jahrhunderts der Zeit nach 1916 gegenüberzustellen.

George Popoff-Béboutoff wurde in Russland als Sohn eines höheren Verwaltungsbeamten geboren, war gegen Ende des Ersten Weltkrieges Offizierschüler, flüchtete bei Ausbruch der Revolution nach Riga, kehrte 1922 als Korrespondent der «Frankfurter Zeitung» nach Russland zurück und lebt heute als Journalist in Rom.

Die fürchterliche Hungerkatastrophe jener Jahre hat Popoff selbst erlebt und schildert sie in erschütternden Bildern. Die Gewalt der Polizei, insbesondere der berüchtigten Tscheka, raste wie ein Feuersturm durchs Land, selbst der Galgenhumor kam darin um. Sogar Lenin entglitt gelegentlich die Macht über dieses Instrument der neuen Führung. Popoff sagt mit Recht, dass die Schuld an diesen Opfern vor allem beim Machtkampf der Sowjets und ihren gewaltsamen Getreide-Requirierungen lag. Und auch hier erhält die Frage nach dem Sinn dieser Opfer selbst bei einem sachlichen Rückblick keine Antwort.

Lenin, Lenin ...

Zweifellos finden sich nur noch wenige Leute im Westen, die Lenin persönlich erlebt haben. Deshalb ist das fünfte Kapitel «Ich sah und hörte Lenin» von ganz besonderem Interesse. Auf offener Strasse — im April 1917 — spricht Lenin zu wenigen hundert Menschen. In jener Rede prägte Lenin die Losung «Friede den Hütten, Krieg den Palästen!», die gewissermassen das Fanal war zur Unterdrückung oder Ausrottung ganzer — auch

bürgerlicher — Volksschichten und damit den möglichen Weg zu Freiheit und Demokratie abschneidet.

Fasziniert erleben wir — fünf Jahre später — die Atmosphäre des 4. Kongresses der Dritten Internationale und der Schlussitzung des Moskauer Sowjets, wo Lenin das letzte Mal öffentlich auftrat. Gewissermassen in Direktübertragung ragt noch einmal diese schillernde, alle Spielarten der Ausstrahlung meisternde Gestalt vor uns auf, erklärend, beschwörend, lächelnd, mitreissend. Welch hingabevolle und bedeutende Rolle die Krupskaja, Lenins Frau, in dessen Leben gespielt hat, geht aus dem 6. Kapitel hervor, worin Popoff seine Begegnung mit ihr schildert.

Trotsky, Sinowjew, Radek und andere

Trotsky's tragisches Schicksal, das ihn zum Hauptorganisator der Revolution und Führer des sowjetischen Millionenheeres erhob, um ihn dann im Exil den Tod durch Stalins Schergen finden zu lassen: diesem brillanten, genialen Menschen begegnen wir auf der Rednertribüne, im privaten Gespräch und erlassen, in welch entscheidendem Masse dieser Vergessene am Erfolg der Revolution beteiligt gewesen ist. Auch ihm stand eine bedeutende Frau zur Seite, deren vornehmes Wesen wir im Interview mit Popoff schätzen lernen.

Sinowjew, den roten Zaren von Petersburg: ihn lernte der Autor bei einem Autounfall kennen. Servil nach oben, brutal nach unten, vermochte er sich trotz seines Verrates an Trotzki nicht zu halten und endete 1936 unter den Hünkern Stalins.

Eine Fülle von Köpfen begegnen uns in den folgenden Kapiteln. Besonders reizvoll der einzige Aristokrat unter Proletariern: Tschitscherin, der erste Aussenminister, der als einer der wenigen der alten Garde nicht dem Zugriff Stalins zum Opfer fiel. Florinski, der partybeliebte Protokollchef — auch ihn ereilte das Schicksal in den Kellern des Lubjanka-Gefängnisses.

Wie verfehlt die deutsche Russlandpolitik während und nach dem Ersten Weltkrieg war, zeigt Popoff am Beispiel des Grafen Brockdorff-Rantzau, der den Plan ausheckte, durch eine Unterstützung der Bolschewiken Russland aus der Koalition herauszubrechen, und der dann aus Rache an Versailles alles daran setzte, Deutschland und die Sowjetunion zu verbünden.

Mit Sympathie erzählt Popoff zum Schlusse seiner spannenden Bilderfolge von seinen Erlebnissen mit Karl Radek, dem Presse- und Propagandachef der Sowjetregierung, und mit Angelika Balabanoff, der berühmten freiheitsliebenden Revolutionärin und Rebellin gegen die Sowjetmacht.

Ausblick

Als schlimmste Folge jener Jahre bezeichnet der Autor die unheilvolle Spaltung der Welt, die selbst nach 50 Jahren kaum überbrückbar erscheint. Und er schliesst seine Memoiren mit dem schwerwiegenden Satz:

«Die Gefahr des Kommunismus ist heute angesichts der sowjetischen Machtposition unvergleichlich grösser, als sie 1917 gewesen ist. Und die bolschewistische Oktober-Revolution bedeutet für die freie Welt nur den Anfang eines langen, beschwerlichen Ringens.»



Umschlag des neuen SOI-Buches von George Popoff mit dem Bild einer ZK-Sitzung, das erstmals im «KB» veröffentlicht worden ist.

ders die menschliche Begegnung mit den Spitzen der Revolutionäre wieder aufleuchten zu lassen. Aus diesen Anliegen ergibt sich denn auch die Gliederung der Kapitel, die uns gleichsam durch ein Bilderbuch jener Jahre in Russland führen. Und jedes dieser Bilder vermittelt spannungsvolle Einblicke, die dem Laien bislang oft unbekannt geblieben sind. Nur am Rande, gewissermassen hinter der Tür, lässt Popoff seine Kommentare einfließen und fügt damit die Mosaiksteine der Ereignisse zu einer aktuellen, eindrucksvollen Gesamtschau.

Wie begann es?

Rasputin und seine Ermordung — Eine kleine Bibliothek liesse sich zu diesem Thema zusammenstellen. Popoff, der damals unweit des Pa-

I. Das Jahr 1917 in Russland

Der Erste Weltkrieg hatte den Völkern des 146 Millionen Einwohner zählenden Zarenreiches grosses Leid gebracht. Wenn die Massen anfänglich noch mit Begeisterung in die Schlacht zogen, erwachten sie bald aus ihrem Kriegstaumel. Bereits Ende 1916 stand Russland vor dem wirtschaftlichen Ruin. Die Front forderte enorme Anstrengungen, sowohl von der Truppe als auch vom Hinterland. Die Verluste des Heeres gingen in die Millionen, ohne das Land den gewünschten Zielen näher gebracht zu haben.

Russlands Verbündete, vor allem Frankreich, stellten stets neue Forderungen an das zaristische Kriegsministerium, die darauf zielten, die Westfront durch immer weitere russische Offensiven zu entlasten. Da das russische Transportwesen den ihm gestellten Aufgaben nicht gewachsen war, kam auch die Güterverteilung in Stockung. Dies verursachte Lebensmittelknappheit in den Grossstädten, worunter insbesondere die Arbeiterschaft zu leiden hatte.

Streiks und Arbeitseinstellungen waren in beängstigendem Ausmasse an der Tagesordnung. Bereits im Oktober 1916 zogen mehrere zehntausend Arbeiter unter revolutionären Parolen, wie «Nieder mit dem Krieg!» und «Nieder mit der Autokratie!», durch die Grossstädte. Soldaten verliessen heimlich die Front, und Aufstände der unterdrückten Minderheiten in Mittelasien, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisien flammten auf. «Die oppositionelle Stimmung hat gegenwärtig in den breiten Massen ein weit grösseres Ausmass erreicht», berichtete damals die Polizei, «als in der Zeit der Wirren von 1905 bis 1906». Unmut und Unzufriedenheit erfassten auch das Bürgertum, ja sogar den russischen Adel, der für die Niederlagen an der Front den «deutschen Einfluss» am Hof (die Zarin war eine deutsche Prinzessin), den «Verrat», und nicht zuletzt das schädliche Wirken des Beichtvaters der Zarin, des Mönches Rasputin, verantwortlich machte.

In jenen Jahren kannte Russland drei politische Gesinnungsgruppen, die auf eine Aenderung der bestehenden politischen Lage hinwirkten:

- Die bürgerlichen Liberalen, die gegen den zaristischen Absolutismus, für eine Verfassung sowie gewisse soziale Reformen eintraten. Seit 1905 durften sie teilweise legal wirken und hatten auch Abgeordnete in der IV. Duma, im Parlament, das allerdings bloss beratende Funktionen hatte. Die bürgerlichen Liberalen spalteten sich in die Fortschrittsparteien der **Oktobristen** und der **Konstitutionellen Demokraten** auf.

- Die gemässigten Sozialisten, das heisst die demokratischen Flügel zweier Parteien, der **agrarsozialistischen Sozialrevolutionäre** und der **proletarisch-sozialistischen Sozialdemokraten** (menschewistischer Flügel der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, RSDAP).

- Die radikalen Sozialisten, das heisst die extremistischen Flügel der gleichen Parteien: die **«linken» Sozialrevolutionäre**, die dem nationalrussischen Agrarsozialismus entsagten und Weltrevolutionäre wurden, sowie die späteren **Kommunisten** (damals noch als Bolschewiki eine Fraktion der RSDAP), die ausschliesslich internationalrevolutionäre Ziele verfolgten und im Gegensatz zur Demokratie offen für die «Diktatur des Proletariats» eintraten. Ihr Anführer war W. I. Lenin. Jede dieser oppositionellen Gruppen entzündete in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts nacheinander ihre eigene Revolution in Russland.

War 1905 weitgehend die Tat der bürgerlich-oppositionellen Gruppen, so stand die Februarrevolution 1917 unter der Führung der gemässigten Sozialisten, die auch Verbündete bei den Liberalen und bei den radikalen Sozialisten besaßen. Der Adel als «Klasse» schied aus diesem Kampf praktisch aus: seine einzige «revolutionäre» Tat beschränkte sich auf die Ermordung des «teuflischen Mönches» Rasputin im Dezember 1916.

Die innenpolitische, die wirtschaftliche und die militärische Lage verschärfte sich besonders anfangs 1917. Die Streikwelle breitete sich unter den Arbeitern aus, und die Unruhen erfassten jetzt auch einige Militäreinheiten. Der Zar liess Polizei und Militär aufmarschieren und löste die IV. Duma auf, die seit den Kriegsjahren stets nur für kurze Zeit zusammentreten durfte und ein Schattendasein führte. Das Vorhaben scheiterte jedoch; die Soldaten verbrüderten sich mit den Arbeitern, und die bürgerlich-oppositionellen Parteien in der Duma verweigerten dem Zar den Gehorsam.

Am 1. März 1917 (nach dem alten Kalender) fasste die Duma einen revolutionären Entschluss: Sie berief gegen den Willen des Zaren eine «Provisorische Regierung», bestehend aus bürgerlichen Liberalen und gemässigten Sozialisten, und zwang den Zaren zur Abdankung für sich und seinen Sohn, was unter dem Eindruck der Geschehnisse bereits am 2. März 1917 erfolgte. Tags darauf verzichtete auch der nächste Thronanwärter,

Grossfürst Michael, für seine Person auf die Krone. Die autokratische Monarchie wich so der bürgerlichen Revolution.

Mit der Ausrufung der ersten Provisorischen Regierung, bestehend aus dem liberalen Fürsten I. E. Lwow, dem Grossindustriellen A. Gutschkow, Professor P. N. Miljukow und Rechtsanwalt A. F. Kerenski, hatte die letzte Duma ihre geschichtliche Tat vollbracht. Denn niemals hätten die damals verantwortlichen und an der Macht befindlichen Oberbefehlshaber der Feldarmee — Generäle wie A. A. Brussilow, L. G. Kornilow, N. W. Russki — ihren auf den Zar geleisteten Eid gebrochen und sich der Provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt, wenn diese Revolution nicht eben eine bürgerliche, eine «nationale» Erhebung gegen den Absolutismus gewesen wäre.

Mit jenem entscheidenden Akt einer «Legalisierung» der Revolution war indessen die Rolle der Duma ausgespielt: ihr Einfluss ging zusehends auf die Mitglieder des während der Februar-Unruhen geschaffenen «Arbeiter- und Soldaten-Rates» (Sowjet) über, der sich demonstrativ im selben Gebäude niedergelassen hatte, wo die Duma sich befand, und der sich nun anschickte, die bürgerliche Regierung in eine sozialistische Regierung umzuwandeln. «Das Einzigartige und in höchstem Masse Bemerkenswerte an unserer Revolution ist, dass sie eine Dualität der Staatsgewalt geschaffen hat... Neben der Provisorischen Regierung der Bourgeoisie hat sich eine andere Regierung gebildet, die noch schwach, gleichsam embryonal ist, aber unleugbar in der Wirklichkeit existiert und im Wachsen begriffen ist: der Sowjet der Arbeiter- und Soldatenvertreter» — so beurteilte Lenin im Frühjahr 1917 aus der Schweiz die Lage in seiner Heimat. Und er sollte recht behalten. Die Provisorische Regierung verlor ihre Autorität, der Einfluss der Kommunisten



Juli 1917: Die Provisorische Regierung erwehrt sich eines bolschewistischen Putsches.

Отъ Военно-Революціоннаго Комитета при Петроградскомъ Советѣ Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.

Къ Гражданамъ Россіи.

Временное Правительство низложено. Государственная власть перешла въ руки органа Петроградскаго Совета Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ Военно-Революціоннаго Комитета, стоящаго во главѣ Петроградскаго пролетариата и гарнизона.

Дѣло, за которое боролся народъ: немедленное предложеііе демократическаго мира, отмена помѣщичьей собственности на землю, рабочій контроль надъ производствомъ, созиданіе Советскаго Правительства — это дѣло обезпечено.

ДА ЗДРАВСТВУЕТЪ РЕВОЛЮЦІЯ РАБОЧИХЪ, СОЛДАТЪ И КРЕСТЬЯНЪ!

Военно-Революціонный Комитетъ при Петроградскомъ Советѣ Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.

25 октября 1917 г. 10 ч. утр.

«Es lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!» 25. Oktober 1917, 10 Uhr: Die Provisorische Regierung ist gefallen. Flugblatt des Petrograder Sowjets.

sowohl auf die Massen als auch auf die Arbeiter- und Soldatenräte nahm zu.

Die Politik der ersten Provisorischen Regierung war zweifelsohne ungeschickt: Obwohl sie wusste, dass das Land Frieden und soziale Reformen sehnlichst wünschte, war sie doch unfähig, diese Forderungen der Massen zu erfüllen. Der Krieg wurde fortgesetzt, die Aufteilung des Bodens verweigert. Infolgedessen wuchs die Unruhe auf dem Land; Bauernaufstände brachen in den Provinzen aus, und die Kampfmoral der Armee sank bedenklich. Dagegen nahm der Einfluss der «Arbeiter- und Soldatenräte», die für sofortigen Frieden («ohne Annexionen und Kontributionen») und soziale Reformen eintraten, rapid zu.

Die Lage ausnützend, stürzten sich die Kommunisten in den Kampf um «ihre Revolution». Sie waren anfänglich zahlenmässig nicht stark, die Partei verfügte jetzt etwa über 40 000 Mitglieder. Aber sie verstanden, jede Chance zu nützen: die Pressefreiheit, die freie Meinungsäusserung, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit. Ihre Zeitungen erschienen legal, und kein Zensor beschnitt die Tätigkeit der Redaktoren. Im Laufe des Monats April kehrten die Führer der Kommunisten aus der Emigration (so Lenin aus der Schweiz) zurück, wodurch ihre Bewegung einen neuen Auftrieb erhielt.

Anfangs Mai mussten die Vertreter der bürgerlich-liberalen Parteien aus der Provisorischen Regierung ausscheiden; ihre Ämter übernahm der Führer der Sozialdemokraten (Menschewiki), der 36jährige Kerenski. Als Aussen-, Kriegs-, Marine- und Justizminister gelang es ihm, die Staatsmacht praktisch in seiner Hand zusammenzufassen. Er versuchte, auf dem Weg der Demokratie fortzuschreiten, und rief im Juni 1917 den 1. Allrussischen Sowjet zusammen, dem die Rolle einer Art Vor-Parlament zugedacht wurde. In diesem herrschte bereits das marxistisch-sozialistische Element vor, obwohl die Kommunisten noch immer in der Minderheit waren. Auf dem Kongress setzte Kerenski zunächst die Fortsetzung seiner

bisherigen Kriegspolitik durch und liess eine grossangelegte Sommeroffensive an der Front gegen die Mittelmächte durchführen. Sie endete in einer Katastrophe: Die Kriegsmüdigkeit der Truppen nahm zu, die Desertion war eine tägliche Erscheinung, und der Mangel der Autorität der Provisorischen Regierung steigerte noch das Chaos im Lande.

Ohne starke Zentralmacht zerfiel das Riesenreich in Teilgebiete, die sich «autonom», «frei» oder «unabhängig» proklamierten, darunter nicht nur nationalbewusste Provinzen oder Randgebiete (wie z. B. Finnland und das Baltikum), sondern auch eingeschlossene Enklaven (wie z. B. die «Republik» Kaluga).

Die Bauern, deren Forderungen nach Boden noch immer nicht gehört wurden, schritten zur anarchistischen «Selbsthilfe», indem sie die Güter der Grundbesitzer einfach untereinander aufteilten: im Juli 1917 waren 43 von 101 Gouvernements durch Bauernrevolten bedroht. Die Arbeiter, die ihre Löhne durch Streikdrohungen höher trieben, als die von ihnen erzeugten Güter wert waren, förderten die Gefahr einer Inflation.

Selbst an Meutereien — von links und von rechts — fehlte es nicht: Im Juli 1917 versuchten die Kommunisten, einen Putsch in Petrograd zu organisieren. Er wurde zwar verhindert und die Partei in die Illegalität gedrängt — Lenin flüchtete nach Finnland. Die Provisorische Regierung bildete sich abermals um.

Doch die Kommunisten gaben ihre Ziele nicht auf: Trotzki blieb in Russland und arbeitete innerhalb der Sowjets zugunsten seiner Partei, die vorerst ihre Macht über die Räte sichern wollte.

Trotzkis Stunde schlug, als ein Rechtsputsch des Generals L. G. Kornilow den nunmehr fast vereinsamten Kerenski in höchste Not brachte. Um die Regierung von einer Militärdiktatur zu retten, wandte sich Kerenski um Hilfe an die bisher bekämpften radikalen Sozialisten und Kommuni-

sten, die wiederum unter Trotzki in den Sowjets die erwünschte Mehrheit gewannen und so den Putsch Kornilows vereitelten.

Als «Retter der Republik» wollten sie in der Folge die Macht nicht mehr teilen. Umsonst bildete Kerenski sein Kabinett erneut um und nahm fast ausschliesslich nur Sozialisten als Mitarbeiter auf; aber er konnte die Massen nicht mehr beschwichtigen.

«Friede und Brot»: dies war die Parole der Kommunisten in jenem Herbst, als sie nun zur eigentlichen Konterrevolution schritten. Die Rote Garde, eine Hausmacht der Partei, fast ausnahmslos aus Arbeitern aufgestellt, sollte das Rückgrat des neuen bolschewistischen Aufstandes bilden. Lenin kehrte aus der Emigration heimlich zurück und begann, im Oktober den Aufstand zu organisieren. Unter Trotzkis Führung entstand das «Militärische Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets». Dieser improvisierte Generalstab der Kommunisten übte die Kontrolle über jene in der Hauptstadt befindlichen militärischen Einheiten aus, die bereit waren, die Kommunisten zu unterstützen. Nur zwei führende Kommunisten, Sinowjew und Kamenew, stellten sich gegen den Beschluss der Partei und rieten Lenin, die Revolution zu vertagen. Das Zentralkomitee ging jedoch über ihre Opposition hinweg, obwohl sie ihre Ablehnung in der Presse bekanntgaben. Trotzki schickte indessen seine Mittelsmänner in alle Teile Russlands, nach Kronstadt und Finnland, aber auch ins Donezbecken, an die Front und in den Ural. Kerenski spürte die Gefahr und holte zu einem Gegenschlag aus. Truppen marschierten in die wichtigsten Städte des Landes ein. Die Provisorische Regierung entschloss sich, die kommunistische Presse zu verbieten. Lenin durchschaute die Absichten Kerenskis. Er gab die Parole aus: «Die Regierung zögert. Wir müssen um jeden Preis zum Ziel gelangen. Der Aufschub der Aktion ist der Tod!» (Fortsetzung S. 5)



Lenin beschwört die Massen. Trotzki (rechts) wurde unter Stalin aus diesem Bild wegetuschiert.

II. Die Epochen der Sowjetgeschichte

1917—1921: Kriegskommunismus

Mit dem Sturz des einzigen demokratieähnlichen Regierungssystems, das Russland je gehabt hat, standen die Sowjets vor dem Doppelziel, die Theorie, das heisst die kommunistische Gesellschaft, zu verwirklichen und in der Praxis die konkreten Aufgaben zu lösen, die sich in einem desorganisierten Lande stellen mussten, allen voran die Versorgung der Bevölkerung.

Zunächst war die Sowjetregierung gezwungen, 18 Tage nach der Machtübernahme eines der wichtigsten innenpolitischen Versprechen einzulösen, das unter der Provisorischen Regierung abgegeben worden war: die Durchführung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung. Die Wahlen fingen am 25. November an und wurden am 19. Dezember abgeschlossen. 36 Millionen Russen haben in jenen Gegenden, in denen die Verhältnisse es erlaubten, das geheime Stimmrecht ausgeübt.

Für die Bolschewiki hatten 9 Millionen oder ein Viertel gestimmt. Die einzige andere, organisierte Partei, die Sozialrevolutionäre, erhielten 58 Prozent der Stimmen. Am 18. Januar 1918 trat die verfassunggebende Versammlung zu ihrer ersten und letzten Sitzung zusammen. Tags darauf waren die Abgeordneten durch Lenins Rotarmisten verjagt worden. Das waren weit brutalere Methoden, als der Zar sie mit der wenigstens formell korrekten Auflösung der Duma angewendet hatte.

Mit der bolschewistischen Konterrevolution hatte die Apologie des Nullpunktes ihren Anfang genommen. Zwar hatte Lenin am 8. November die Todesstrafe abgeschafft. Aber das Dekret war gefolgt von einer Reihe von Hinrichtungen, die das Regime während seiner 50 Jahre wie ein Schlagschatten begleiten sollte. «Die Guillotine», bemerkte Lenin mit kritischem Unterton über die Französische Revolution, «terrorisierte nur den aktiven Widerstand... Wir müssen den passiven Widerstand brechen, der zweifellos der schädlichste und gefährlichste ist». Zu diesem Zweck wurde die «Ausserordentliche Kommission», Tscheka, gegründet, die unter der Leitung des Fanatikers Felix Dserschinski, der kurze Zeit sogar in der Schweiz weilte, zum schrecklichen

Vorbild aller nachfolgenden staatlichen Terror-Organisationen wurde, die Gestapo nicht ausgenommen.

Das Regime hatte wenig Unterstützung im Volk. Die Bolschewiki zählten etwa 25 000 Parteimitglieder, als der Zar unter dem Druck der ersten, liberalen Revolution im Februar abdanken musste. Die Novemberwahlen bewiesen, dass trotz Organisation und demokratischen Wahlversprechen nur eine Minderheit des Volkes für Lenin stimmte. Wie konnte es zu diesem Erfolg kommen?

Die Partei bestand aus gut ausgebildeten Kadern. «Gebt mir eine Organisation von Revolutionären», hatte Lenin ausgerufen, «und ich werde Russland aus den Angeln heben.» 1903 hatte sich wegen dieses Elitedenkens überhaupt erst die bolschewistische Fraktion innerhalb der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gebildet. Zu welchen frühzeitigen Bedenken diese Wendung Anlass gab, hatte Trotzki schon 1904 illustriert: «In Lenins Vorstellung nimmt die Partei den Platz der Arbeiterklasse ein. Die Parteiorganisation ersetzt die Partei, das Zentralkomitee die Parteiorganisation. Schliesslich ersetzt der Diktator das Zentralkomitee.» Stalin hat später diese Warnung Trotzki in eine bindende Verhaltensregel umgewandelt.

Auf dem Hintergrund des kriegs- und niederlagebedingten Chaos vermochte Lenins Elite eine weit über ihre numerische Stärke hinausgreifende Macht zu erringen.

Mitverantwortlich dafür war der Umstand, dass die Bolschewiki ihre wahren Absichten hinter einem volkstümlichen Programm versteckten. Vom Februar bis zum Oktober 1917 hatte das von Molotow und Stalin redigierte Parteiorgan «Prawda» die bürgerlichen Freiheiten gefordert, das Recht auf Streik, das Recht zur Sezession nicht-russischer Nationalitäten, geheime Wahlen für die Konstituante, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit aller Bürger. Und vor allem: Brot und Frieden. Noch war keine Rede gewesen von Parteimonopol und totalitärer Diktatur. Die erdrückende Mehrheit der 9 Millionen Russen, die Ende 1917 für die Bolschewiki stimmten, hatten eine demokratische Partei zu wählen vermeint. Aber

nur das Versprechen auf Frieden wurde eingelöst. Durch das Separatabkommen von Brest-Litowsk zog sich Russland vom Krieg gegen die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich zurück.

Von 1918 an wurde der alte Staatsapparat zerstört. Verwaltung, Justiz und Wirtschaft brachen zusammen. Der Kirche wurde ein Kampf auf Vernichtung angesagt. Auf dem Chaos sollten neue Blumen blühen. Dem Volke wurde die erste Verfassung aufgezwungen; nicht Volksvertreter hatten sie ausgearbeitet, sondern Führer, die auf diese Weise die Diktatur ihrer Partei verfassungsmässig verankerten.

Die Rote Armee wurde aufgebaut. Es begann der längste und blutigste Bürgerkrieg der Neuzeit. Er war ein Kampf zunächst gegen die Randgebiete des russischen Imperiums, dann aber auch im Zentrum gegen die Mehrheit des Volkes, das mit den Bolschewiki nicht einverstanden war. Am 30. August 1918 hatte die Sozialrevolutionärin Fanny Kaplan ein Attentat auf Lenin als «Verräter der Revolution» verübt — und ihn verwundet. Gleichentags erschoss ein Petrograder Student den regionalen Tscheka-Chef Uriszki. Vergeltungsmassnahmen im grossen Stil setzten ein. In Kronstadt wurden 500, in Petrograd 512 Gefangene hingerichtet.

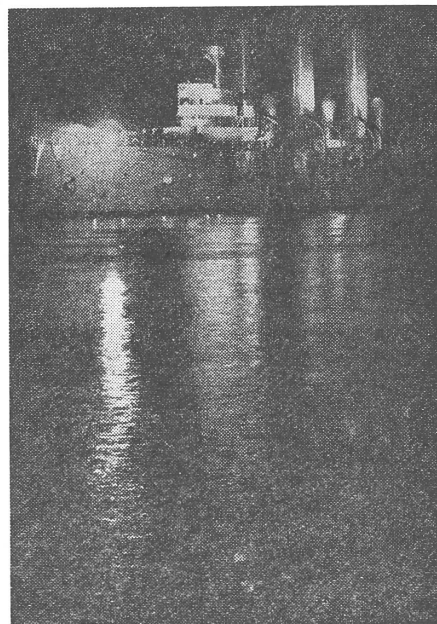
Mehrere Randgebiete des ehemaligen Imperiums hatten sich, der grossrussischen Vorherrschaft überdrüssig, selbständig gemacht und die Unabhängigkeit proklamiert. Die Räteregierung hatte jeweils diese Unabhängigkeitserklärung in Uebereinstimmung mit der kommunistischen Lehre des nationalen Selbstbestimmungsrechtes formell anerkannt. Dies war der Fall mit der Republik Ukraine, mit dem vormals autonomen

In der Nacht vom 23. Oktober (nach dem neuen Kalender war es der 6. November) erschien Lenin im Institut Smolny, dem Sitz des Sowjets in Petrograd. Im Laufe des folgenden Tages, am 24. Oktober (7. November), schlugen die Kommunisten los. Telephonzentrale, Post, Bahnhöfe, Elektrizitäts- und Gaswerke, Staatsbank, Ministerien und Nawa-Brücken wurden besetzt. Das Panzerschiff «Aurora» erschien auf der Nawa und richtete seine Kanonen auf den Winterpalast, wo die Minister der Provisorischen Regierung tagten. Der Sturm auf den Winterpalast war die Krönung der Aktion dieses Tages und gilt heute — wie der Sturm auf die Bastille 1789 — als Ausgangspunkt einer neuen Epoche: der kommunistischen «Grossen Oktober-Revolution».

Noch in der Stunde des Aufstandes, während die

Schlacht um den Winterpalast tobte, trat der 2. Allrussische Sowjetkongress zusammen. Dieser, in dem alle sozialistischen Parteien vertreten waren, proklamierte stolz: «Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongress die Macht in seine Hände.»

Der Aufstand von Petrograd war gelungen, die zweite Revolution innerhalb eines Jahres vollbracht. Es war im Grunde eine kommunistische Konterrevolution gegen die liberale Februar-Revolution gewesen. Nicht Zar und Monarchie wurden von den Kommunisten gestürzt, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, sondern Demokraten.



Der Panzerkreuzer «Aurora» vor Petrograd. In der Schicksalsnacht hatten die Matrosen dieses Schiffes das Blatt zugunsten der Sowjets gewendet.



Wichtigste Munition für die junge Rote Armee: Propagandaschriften für die Front.

Grossherzogtum Finnland, mit Aserbajdschan, mit dem zentralasiatischen Khanat von Chiva, das nie formell der Hoheit der Zaren unterstanden hatte, mit dem Emir von Buchara, mit Armenien, mit Georgien und mit der Aeusseren Mongolei.

Sobald die kommunistische Regierung über genügend Macht verfügte, schritt sie in klarer Missachtung der völkerrechtlich bindenden Anerkennung dieser Staaten zu deren Annexion.

1918 wurde eine Ukrainische Exilregierung in Charkow eingesetzt. Mit Hilfe der Roten Armee wurde alsdann eine Ukrainische Sowjetrepublik gegründet und im Juli 1923 in die Union aufgenommen.

Nachdem Finnland die Hoffnungen Lenins auf eine kommunistische Entwicklung nicht erfüllte, versuchte die finnische Rote Garde im März 1918 mit sowjetischer Unterstützung die Macht zu übernehmen. Der Erfolg blieb allerdings aus.

Im April 1920 besetzte die Rote Armee Baku und rief darauf die Sozialistische Sowjetrepublik von Aserbajdschan aus. Im gleichen Monat fielen Verbände der Roten Armee in Chiva ein und gründeten die Sowjetische Volksrepublik von Choresm (historischer Name Chivas).

Im Mai 1920 versuchten Sowjettruppen, in Iran einen kommunistischen Aufstand zu unterstützen und eine Persische Sozialistische Sowjetrepublik zu gründen. Der Versuch scheiterte.

Im September gleichen Jahres fielen die Sowjettruppen von Chiva aus in Buchara ein und riefen auch dort eine Volksrepublik ins Leben.

Zwei Monate später wurde unter dem Vorwand der Unterstützung eines kommunistischen Aufstandes Armenien besetzt und dem Verband der Union zugeführt.

Die gleiche Taktik war im Februar 1921 in Georgien erfolgreich, wo ebenfalls eine bolschewistische Revolution durch Verbände der Roten Armee unterstützt werden musste. Auch dieses Land

wurde der Union angeschlossen und verlor seine Unabhängigkeit.

Im Jahre 1924 führten kommunistische Mongolen in der Aeusseren Mongolei eine Revolution durch, übernahmen die Macht und riefen die Mongolische Volksrepublik aus. Der chinesische Anspruch auf Souveränität in der Aeusseren Mongolei wurde völlig übergangen.

In der Ueberzeugung, dass die bolschewistische Revolution in Russland ohne kommunistische Revolution in den industrialisierten Nationen Westeuropas erfolglos bleibe, setzte der Export der Revolution ein: in Finnland, den baltischen Staaten, in Ungarn, dann aber auch in Deutschland und der Schweiz war den Bolschewiki weniger Erfolg beschieden als in Zentralasien und im Fernen Osten. Der Marsch General Tuschatschewskis nach dem Westen wurde von den Polen an der Weichsel-Brücke in Warschau zum Stehen gebracht. Der polnische Marschall und Präsident Pilsudski war von General Maxime Weygand und Hauptmann Charles de Gaulle beraten worden. Das war 1920.

Im Jahr zuvor war die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet worden. Sie war als Steuerorgan der weltkommunistischen Bewegung gedacht, deren Aufbau — zunächst stellvertretend für die kommunistischen Führer in den industrialisierten Ländern Westeuropas — in Angriff genommen wurde.

Gleichzeitig versuchte man sich mit der Verwirklichung des integralen Kommunismus. Das Eigentum wurde abgeschafft, Boden und Kapital verstaatlicht. Der Staat, vielmehr das Regime, rückte zum alleinigen Arbeitgeber vor. Aber die Räder der Produktion und des Handels kamen zum Stillstand. Eine grosse Hungersnot brach aus. Nansen und der nachmalige amerikanische Präsident Herbert Hoover leiteten Hilfsaktionen, die Millionen das Leben retteten. Aber Millionen starben.

Im Volk gährte es, auch unter jenen Massen, die den Bolschewiki ihre Unterstützung geliehen hat-

ten. Zahlreiche kleine und grosse Aufstandsversuche fanden statt. Aus ihrer Reihe ragte der von Kronstadt, dem Marinestützpunkt, als bedeutungsvollster hervor. Die Matrosen, denen Lenin die Machtübernahme zu verdanken hatte, wandten sich gegen die Träger der bolschewistischen Partei. Kronstadts Matrosen und Arbeiter erklärten am 1. März 1921 in einer Resolution: «Die heutigen Sowjets entsprechen nicht dem Willen der Arbeiter und Bauern.» Sie verlangten neue, geheime Wahlen, einen freien Wahlkampf, Rede- und Koalitionsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen, das heisst die Erfüllung der bolschewistischen Versprechen von 1917. Vier Tage später forderten Trotzki und Lenin in einem Ultimatum die bedingungslose Kapitulation. Die Matrosen wiesen es ab. Darauf führte Tuschatschewski 60 000 Mann gegen Kronstadt und eroberte die Stadt Strasse um Strasse. Aber es war eine Warnung, und sie war ernst.

1921—1924: Neue Oekonomische Politik (NEP)

Längst hatten die Bolschewiki eine Planwirtschaft neuer Art einrichten wollen. Aber erst 1920 ergab sich mit der Notwendigkeit die Möglichkeit, sich mit den Planungsproblemen zu befassen. Im Februar entstand der Goelro, der erste langfristige Plan zur Elektrifizierung des Landes. Aber noch war die Zeit für die eigentliche Planwirtschaft nicht reif.

Die Konsolidierung der Sowjetmacht in den Grenzen des russischen Imperiums unter Verlust nur von Finnland, des Baltikums und Polens gewährten Lenin eine Atempause. Es bestand ein labiles Gleichgewicht, weil das Regime nicht mehr eliminiert werden konnte, aber auch noch nicht in der Lage war, die Weltrevolution beförderlich an die Hand zu nehmen. Als dieses Gleichgewicht sichtbar wurde, war die Koexistenz geboren.



Felix Dserschinski, Organisator des sowjetischen Terrors und erster Chef der Tscheka.

Die schreckliche Not, die chaotische Wirtschaftslage und die Unzufriedenheit der Bevölkerung riefen nach neuen Massnahmen. Lenin warf das Steuer herum.

Klein- und Mittelbauern erhielten ihr Land zurück und wurden von drückenden Abgaben entlastet. Gewerbe und Handel wurden reprivatisiert, der private Detailhandel wieder zugelassen. Staat und Partei versprachen, sich mit den «Kontrollhebeln» der Wirtschaft — Grossbanken, Grossbetriebe und Grosshandel — zu begnügen. Die recht bescheidenen Lockerungen belebten entscheidend die persönliche Initiative und den gesamten privaten Sektor. Die Räder der Wirtschaft setzten sich wiederum in Bewegung.

Parallel mit dieser innenpolitischen Liberalisierung verlief das aussenpolitische Tauwetter. Mit Grossbritannien konnte 1921 ein Handelsvertrag geschlossen werden, in dessen Präambel übrigens das Wort «Koexistenz» erstmals auftaucht. Auf dem Fusse folgte der Vertrag von Rapallo, durch den insbesondere eine Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik vereinbart wurde. Die Bourgeois-Fresser hatten sich um der erhofften Vorteile willen gewandelt und die Salons der internationalen Diplomatie betreten. In den Verträgen verzichteten sie auf den Export der Revolution. Der Primat kam dem inneren Aufbau zu. Immerhin sah sich Grossbritannien 1927 gezwungen, den Handelsvertrag zu kündigen, weil sich die Sowjetunion dennoch in die inneren Angelegenheiten des Vertragspartners eingemischt hatte. Auf der Grundlage der Neuen Oekonomischen Politik wurde 1922 die Kodifizierung des Rechtes an die Hand genommen. Am 30. Dezember wurde die Umwandlung der RSFSR in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) beschlossen, die 1924 ihre erste Verfassung erhielt. Der Gesundheitszustand Lenins verschlechterte sich im Verlaufe des Jahres 1923; im Januar 1924 verstarb er. 1922 war Stalin als Generalsekretär der Partei gewählt worden und damit in die Reihe der Anwärter auf die Nachfolge aufgerückt. Aber Lenin hatte die Nachfolge nicht eindeutig geregelt. Sein Testament, in welchem er vor Stalin warnte, konnte unterdrückt werden, und ein langwieriger Kampf entbrannte.

1924—1928: Das erste Interregnum

Drei Jahre verstärkte Privatwirtschaft hatten genügt, die schlimmste Not zu beheben. Damit hatte sich die NEP selber bestätigt. Es wäre nahegelegen, auf diesem Weg weiterzufahren. Allein, in der Führung fehlte der Mann in unangefochtener und unanfechtbarer Machtposition, der das Ruder hätte auf dem richtigen Kurs behalten können. Die Nachfolger waren nicht nur aus Ueberzeugung, sondern aus taktischen Rücksichten dogmatischer.

Vermutlich hätte Lenin — wäre er dazu in der Lage gewesen — an seinem Todestag Leo Trotzki zum Nachfolger bestimmt. Dieser war der brillianteste aller Bolschewiki, nicht nur ein bestechender Theoretiker und Volkstribun, sondern auch der fähige Organisator der Roten Armee. Er kämpfte nicht um die Macht, weil er sie zu besitzen glaubte. Mit einer instinktsicheren Taktik wusste jedoch Stalin seinen grössten Widersacher auszuschalten.

Im ersten Triumvirat verband er sich nach Lenins Tod mit Sinowjew und Kamenew gegen



Fanny Kaplan schiesst auf Lenin. Zeitgenössische Zeichnung.

Trotzki, in einem zweiten, 1925—1927, mit Bucharin und Rykow gegen die vereinigte Opposition von Trotzki, Sinowjew und Kamenew. Ende 1927 wurde diese Oppositionsgruppe von etwa 30 Leuten nach Zentralasien verbannt. Trotzki durfte 1929 die Sowjetunion verlassen; 1940 wurde er von einem Söldling Stalins in Mexiko ermordet. Die andern durften nach Moskau zurückkehren, um wenige Jahre darauf in den grossen Säuberungen hingerichtet zu werden.

Zwischen Stalin und Trotzki hatten ideologische Differenzen bestanden, streckenweise allerdings nur als Tarnung eines persönlichen Machtkampfes. Trotzki vertrat indessen die Idee der «permanenten Revolution», wonach überall, wo die Möglichkeit sich biete, ein kommunistischer Aufstand angefangen werden müsse. Stalin stellte dieser Auffassung seine Theorie vom «Sozialismus in einem Lande» entgegen, wonach zuerst und vor allem andern die Sowjetunion als Basis der Weltrevolution auf- und ausgebaut werden müsse. Dementsprechend wurde die Sowjetunion zum Vaterland des Weltproletariats proklamiert. Es sollte fortan zur ersten Pflicht jedes Kommunisten in der ganzen Welt gehören, die Interessen der Sowjetunion vor jenen seines eigenen Landes zu vertreten.

Damit hatte die zentrale politische Lenkung der weltkommunistischen Bewegung eine ausgeprägte

Struktur und Zielsetzung erhalten. Die Komintern war nicht mehr in erster Linie ein Instrument zur Unterstützung kommunistischer Revolutionen im Ausland, sondern zur Förderung sowjetischer Interessen in der ganzen Welt.

Nun galt es, auch den wirtschaftlichen Zentralismus wiederherzustellen. Die Erfahrungen mit dem Goelro wiesen den Weg zu einer zentral-gelenkten Planwirtschaft. Ein staatliches Planungsamt, Gosplan, war gegründet worden, das bis 1928 den ersten Fünfjahrplan ausgearbeitet hatte.

1928—1936: Sozialismus in einem Land

Die staatliche Macht ist eine Kollektivleistung des Volkes. Wenn die staatliche Macht gewissermassen als Nebenprodukt einer primären Förderung des Volkswohlstandes abfällt — wie in den Demokratien —, so wächst sie nur langsam und etwa im gleichen Verhältnis wie in den umliegenden Staaten. Soll diese staatliche Macht jedoch wesentlich schneller gesteigert werden, dann muss sie als Kollektivleistung des Volkes erzwungen werden. Wo immer aus ideologischen, existenziellen oder andern Gründen eine Machtkonjunktur ausserhalb des Notstandes angestrebt wird, erweist sich die Diktatur als notwendige Begleiterscheinung.



Nach den Köpfen rollen auch die Kronen: Juwelen für den Staatsschatz.



Primitive Frühformen des Atheismus: Gruppe aus einer Spottprozession.

Spätestens mit dem Sieg Stalins und seiner Theorie vom «Sozialismus in einem Lande», immer verstanden als Machtbasis der kommunistischen Weltrevolution, war die Entscheidung gefallen. Von diesem Augenblick an musste sich die Sowjetunion ohne Möglichkeit einer Umkehr zur totalitären Diktatur entwickeln. Die zentralgeleitete Planwirtschaft ist ein wesentliches Instrument dieses Herrschaftssystems.

Dem ersten Fünfjahrplan für die Periode 1928 bis 1933 — er wurde 1932 vorzeitig beendet — wurde die Aufgabe gestellt, die Schwerindustrie besonders und auf Kosten der einzelwirtschaftlichen Anliegen zu entwickeln. Es war das Volk, das durch den von ihm erzwungenen Konsumverzicht den Wirtschaftsaufbau finanzieren musste. Und dem Volk ist enorm viel zugemutet worden. Nach offiziellen Angaben nahm die sowjetische Industrieproduktion während der vier Jahre des ersten Fünfjahrplanes jährlich um 19 Prozent zu. Während aber die Produktion von Verbrauchsgütern (Lebensmittel, Haushaltartikel usw.) praktisch stagnierte — sie nahm bloss um 2 Prozent zu —, wurde die Herstellung von Produktionsmitteln forciert: sie nahm insgesamt um 73 Prozent zu.

Das ist eine beachtliche Leistung, aber keineswegs auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet. Denn die stagnierende Konsumgüterproduktion bedeutete in Tat und Wahrheit ein Absinken des Lebensstandards (die Indexzahlen waren durch eine schwere Inflation verfälscht). Und das musste, wie gesagt, erzwungen werden.

Zu diesem Zweck wurde die Planwirtschaft durch verschärfte Rechtsnormen geschützt und gestützt. Die Arbeitsdisziplin wurde zum sittlichen Prinzip erhoben. Ein Arbeitspass kettete jeden Staatsbürger als Arbeitnehmer an einen Betrieb; er wurde so dem Arbeitgeber ausgeliefert. Die Gewerkschaften wurden zu staatlichen Werkzeugen zwecks Produktionserhöhung degradiert. Verstösse gegen die Arbeitsdisziplin — etwa ein dreimaliges Zuspätkommen bis zu zehn Minuten innerhalb eines Monats — wurden nicht nur arbeitsrechtlich beispielsweise mit einer Rüge geahndet, sondern als Verstösse gegen die gesell-

schaftliche Moral auch strafrechtlich erfasst. Die Strafe konnte bis 20 Prozent Lohnkürzung während eines halben Jahres betragen, in schweren Fällen zur Verschickung in ein Zwangsarbeitslager führen.

Als die Bevölkerung 1932 den vorzeitigen Abschluss des Fünfjahrplanes feiern musste, herrschte erneut Hungersnot. Jeden Morgen wurden die Leichen der nachts zuvor Verstorbenen abtransportiert.

Auf dem Lande hatte sich eine Mittelklasse besser erhalten als in der Stadt. In der Landwirtschaft machte sich daher der grösste Widerstand gegen die Planwirtschaft bemerkbar. Auch er wurde gebrochen. Wo nötig, zogen bewaffnete Einheiten auf das Land, um die Bauern zur Erfüllung der Abgabepflicht zu zwingen, sogar auf Kosten des Saatgutes. Die Zwangskollektivierung setzte ein, und die selbständigen Bauern wurden eliminiert, nunmehr ersetzt durch Mitglieder öffentlich-rechtlicher «Genossenschaften» (Kolchosen) oder Arbeiter auf Staatsgütern (Sowchosen). Die Bauern rächten sich mit der grössten Viehschlachtung der modernen Zeit; das Land konnte sich erst zwanzig Jahre später davon erholen.

Dass die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes viele Menschen im Ausland als Erfolg des Kommunismus zu beeindrucken vermochten, ist im wesentlichen der umfassendsten und besten Propagandamaschine zu danken, die in Moskau mittlerweile aufgebaut wurde. Die tatsächlich erreichten Fortschritte wurden mit einem zu hohen Preis bezahlt: Hungersnot, Terror, Entsaugungen, Epidemien, Zwangsarbeit. Nach Stalins Tod, am 21. Parteikongress, wurde der wahre Charakter dieser Ergebnisse in krassen Schilderungen enthüllt und die damalige Parteipolitik offiziell verurteilt.

Doch dieser Preis zählte wenig. Dank der totalitären Diktatur konnte er der eigenen Bevölkerung gefahrlos zugemutet werden.

Aufstände und Streiks wurden rasch und entschlossen erstickt. Dann ging man daran, solchen Demonstrationen radikal vorzubeugen. Im De-

zember 1934 wurde Kirow, der Chef der Lenin-grader Parteiorganisation, ermordet; man vermutet heute, dass Stalin seine Hand mit im Spiel hatte. Damit setzten die ersten Säuberungen ein; der Terror griff auf die Partei über. Mit Schauprozessen und erzwungenen Geständnissen wurden wichtige Erfahrungen gesammelt. Es gab eine «Sonnenfinsternis», wie sie Arthur Koestler unter diesem Titel am besten und gütigsten beschrieben hat.

Der zweite Fünfjahrplan, 1932—1937, setzte den ersten fort. Nochmals war die Zuwachsrate der Produktionsmittel beeindruckend, aber sie erreichte die Ergebnisse des ersten nicht mehr.

Am internationalen Himmel waren drohende Wolken aufgetaucht. In Deutschland hatte Hitler die Macht übernommen, in Italien Mussolini die seine gefestigt. In beiden Ländern richtete sich die Diktatur unter anderem gegen die Kommunisten. Die Beziehungen zu Japan wurden intensiviert und der Antikomintern-Pakt Berlin-Rom-Tokio angebahnt.

Stalin versuchte, seine Positionen zu sichern. Am siebten und letzten Kongress der Komintern offerierte er den politischen Parteien in den Demokratien die Volksfront, die fürs erste nur in Frankreich einige Bedeutung erlangte. Dann holte er aus zu einer weiteren grandiosen Täuschung der Weltöffentlichkeit: im Dezember 1936 wurde die neue, sogenannt demokratische Stalin-Verfassung dekretiert. Damit wurde der Uebergang zum Sozialismus als abgeschlossen proklamiert. Der Uebergang zum Kommunismus konnte beginnen.

1936—1941: Die grossen Säuberungen

Nach dem ursprünglich marxistisch-leninistischen Fahrplan musste der Uebergang zum Kommunismus von einem graduellen Absterben des Staates und seiner Macht begleitet sein. Mit seiner Verfassung hatte Stalin zwar diesen Uebergang eingeleitet, zugleich aber erklärt, dass der Staat als Schutzmacht gegen äussere Bedrohungen wegen des feindlichen Auslandes noch verstärkt werden müsse. In seinen inneren Funktionen, hatte Stalin den Mut zu behaupten, sei der Staat bereits im Absterben begriffen. Damit, wie übrigens auch mit den demokratischen Verfassungsartikeln, befolgte er das Prinzip, dem auch die Nationalsozialisten huldigten. Wer lang genug und frech genug das Gegenteil der Wahrheit behauptet, findet endlich doch Gehör.

Was der Staat in der Verfassung zusicherte, hat die Partei nie gewährt. Rede-, Glaubens-, Presse- und Koalitionsfreiheit wurden nur dem zugebilligt, der sie deshalb nicht benötigte, weil er im grossen Strom mitschwamm. Für die Zustimmung zu den Reden Stalins, zu den Glaubenssätzen der Ideologie, zu den Ausführungen der gelenkten Presse, für die Mitgliedschaft in der einzigen Partei, der KPdSU: dafür mussten keine Verfassungsartikel die Wege bahnen. Für die Widerrede, für die Kritik, ja sogar nur für die Diskussion: dafür konnten diese Verfassungsartikel nicht angerufen werden. Hinter dem demokratischen Lippenbekenntnis stand die harte Wirklichkeit des grauen, sowjetischen Alltages: die Willkür herrschte, und der Bürger war seines Lebens und seines Gutes nicht mehr sicher.

In Stalin selbst, der sich auf den einsamen Gipfel des absoluten Selbstherrschers geschwun-

gen hatte, wurde Misstrauen zum krankhaften Charakterzug. In den grossen Säuberungen, die 1936 einsetzten und erst 1938 verebten, wurden fast alle verdienten Mitstreiter Lenins gewaltsam ausgeschaltet und hingerichtet: Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow, Tomschi, Tschatschewski sind die bekanntesten eines unzählbaren Heeres von Opfern. Nochmals liessen Millionen das Leben, diesmal nicht wegen Krieg und falscher Wirtschaftspolitik, sondern auf bewussten und gewollten Befehl des Führers.



Leo Trotzki: Brillanz und Brisanz.

Damit hatte die Sowjetunion als Heimat des Kommunismus ungleich mehr Kommunisten verfolgt, gefangen gesetzt und hingerichtet als die ganze übrige Welt zusammen, einschliesslich des faschistischen und nationalsozialistischen Herrschaftsgebietes. Am 18. Parteitag im März 1939 wurde der sichtbarste und grausamste Terror abgeschlossen. Ein zweiter Weltkrieg schien unvermeidlich.

Im wichtigsten Spannungsfeld hat Stalins Misstrauen völlig versagt. Zwar hatte er Tschatschewski als angeblichen Agenten Hitler-Deutschlands hinrichten lassen, wohl mehr um die Armeeführung im Griff zu behalten, als um die nationalsozialistische Infiltration abzuschrecken. Aber am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, im August 1939, verhandelten gleichzeitig eine englisch-französische sowie eine deutsche Delegation in Moskau. Die Entscheidung, mit wem Stalin ein Abkommen schloss, war von welthistorischer Bedeutung. Stalin zeigte sich ihr nicht gewachsen: er schloss den Pakt mit Hitler, sicherte diesem damit die Entlastung im Osten und erlaubte ihm dadurch, im Westen loszuschlagen.

Es war durchaus nicht illegitim, dass Stalin die Interessen seines Landes wahrnehmen wollte. Er versagte in der korrekten Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Er wollte sein Land aus dem Krieg heraushalten; er wollte, dass die Achsenmächte und die Demokratien verbluteten, um dann das Erbe als einziger Sieger anzutreten. Ein solcher Krieg lag durchaus im Interesse des sowjetischen Diktators.

Aber die Rechnung ging nicht auf. Stalin unterschätzte anscheinend die Macht Hitlers oder — ein eigenartiges Kompliment — überschätzte die Initialstärke der Demokratien. Er paktierte mit Hitler, um diesem das Losschlagen erst zu ermöglichen, und er stützte ihn durch bedeutungsvolle Rohmateriallieferungen bis anfangs 1941.

Durch einen Pakt mit den Westmächten im August 1939 hätte Stalin den Weltkrieg wahrscheinlich verhindert.

Von dieser historischen Verantwortung versuchen die Kommunisten aller Länder noch heute die Sowjetunion zu befreien, mit dem Hinweis, dass es für sie darum ging, Zeit zu gewinnen, um später den unausweichlichen Kampf besser gerüstet aufnehmen zu können: eine wenig stichhaltige Argumentation. Denn ein Abkommen mit den Demokratien hätte mehr Zeit gesichert und vielleicht sogar den Krieg aufgehalten. Zudem hat Stalin die Zeit bis Juni 1941, als Hitler die Sowjetunion angriff, so schlecht genützt, dass er kaum die Absicht haben konnte, sich auf die Auseinandersetzung vorzubereiten.

Möglicherweise träumte Stalin von einer Front der Diktatoren gegen die «dekadenten» Demokratien; vielleicht dachte er an eine Aufteilung der Welt in eine russisch-asiatische und deutsch-westliche Interessensphäre. Der Ueberfall auf Finnland, die vertragbrechende Teilung Polens, die Besetzung des Baltikums und die Rücknahme Bessarabiens deuteten in dieser Richtung. Mit den tatsächlichen und erhofften Annexionen sollte die UdSSR vorerst die kaiserlich-russischen Grenzen von 1914 wiederherstellen.

1941—1945: Der vaterländische Krieg

Auf Hitlers Ueberfall vom 22. Juni 1941 war Stalin trotz allem schlecht vorbereitet. Einer nachrichtendienstlichen Information, die den Beginn des Ueberfalls auf den Tag genau prophezeite, schenkte er noch anfangs Juni keinen Glauben. Aber er wurde rasch und schmerzlich eines Besseren belehrt: Hitlers Armeen rückten im Blitztempo vor.

In den ersten vier Monaten des Feldzuges in Russland hatten vier Millionen sowjetischer Soldaten die Waffen gestreckt. Das war ein untrügliches Zeichen, dass nach einem Vierteljahrhundert sowjetischer Herrschaft das russische Volk den fremden Eindringling als Befreier vom bolschewistischen Joch betrachtete.

Hitler hat seinen verdienten Untergang damit eingeleitet, dass er diese Chance nicht wahrzunehmen wusste. Völlig verblendet durch den nationalsozialistischen Rassenfanatismus, betrachtete er die Slawen als Untermenschen, die er aus der eigenen Diktatur befreite, nur um sie einer fremden Diktatur zuzuführen. Allein, es konnten sich genügend Russen aus den Gefangenenerlagern befreien, um in der Heimat glaubwürdig über die unmenschlichen Behandlungsmethoden berichten zu können. Dies, und die Kehrtwendung, die nun auch Stalin vollzog, ermöglichten den Aufbau eines russischen Widerstandes, der bei Stalingrad das Kriegsglück wendete.

Der Hitlersche Ueberfall und dessen überwältigende Anfangserfolge hatten Stalin in der Tat zu einer neuen Politik gezwungen. Zunächst führte der Bruch des Paktes mit Hitler zu einer Allianz mit den Alliierten, die Stalin in der Folge eine ausschlaggebende materielle Unterstützung in

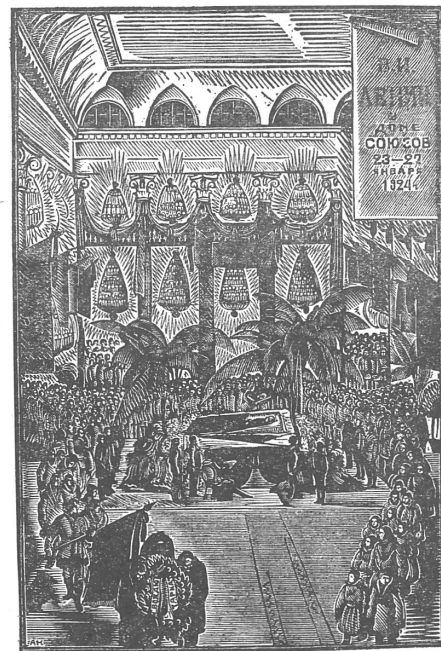
dem für damalige Verhältnisse fast unvorstellbaren Betrag von rund 65 Milliarden (damalige) Franken gewährten.

Bedeutungsvoller — wenigstens für die taktische Beweglichkeit der Sowjetführung — waren die Konzessionen, die Stalin seinem Volk einräumte. **Der Kampf gegen Kirche, Religion und Gläubigkeit wurde abrupt gestoppt. Statt dessen wurde die Kirche in die Stärkung des Verteidigungswillens einbezogen. Gotteshäuser und theologische Seminare konnten wieder eröffnet werden; der Ausübung des Glaubens wurden praktisch keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt. Die Kirche hatte sich zu revanchieren mit Geldsammlungen, die dem Kauf neuer Tanks dienten.**

Sodann wurde die russische Geschichte, d. h. die Geschichte der feudalistischen Gesellschaft unter den Zaren, aufgewertet. Von 16 unsterblichen Helden Russlands, die Stalin in jener Zeit aufzählte, gehörten nur Lenin und der Sozialdemokrat Plechanow der revolutionären Ära an. **Vor allem aber: zum proletarischen Internationalismus trat neu der Sowjetpatriotismus mit unverkennbaren nationalistischen, teilweise gar chauvinistischen Einschlägen hinzu.**

Damit wurde der Krieg nicht unter der Flagge des Marxismus-Leninismus geführt. Die Führer gaben indirekt zu, dass sich dafür nur die dünne Schicht der neuen Klasse gepoppt hätte. Sie gaben indirekt zu, dass das Volk in seiner grossen Mehrheit das Regime ablehnte. **Es war der Grosse Vaterländische Krieg, in welchem Russen für Russland und nicht für das Regime einen Sieg erfochten. Indessen wusste das Regime diesen Umstand auszunützen. Durch weitgehende Konzessionen vermochte es, sich an der Macht zu halten, um später die Konzessionen Schritt um Schritt rückgängig zu machen.**

Zwei weitere Konzessionen, diesmal an die Adresse der westlichen Alliierten, betrafen die



Vor seiner Ueberführung in das Mausoleum wurde Lenin im Haus der Räte aufgebahrt. Zeitgenössischer Holzschnitt.



Produktionskonferenz auf dem Dorf: Agitprop statt Erntearbeit.

Unterzeichnung der Atlantik-Charta 1941 und die Auflösung der Komintern 1943.

Mit dem Beitritt zur Atlantik-Charta hatte die Sowjetunion formell und zum voraus auf jeden Gebietszuwachs nach Abschluss des Krieges verzichtet. Das Abkommen wurde nicht eingehalten. Mit der Auflösung der Komintern hatte Stalin vorgegeben, auf die Weltrevolution zu verzichten. Beide Konzessionen haben manchem Menschen Sand in die Augen gestreut, nicht zuletzt dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt.

1943/44 wurden die ersten Verhandlungen über die Nachkriegsordnung in Teheran aufgenommen und anfangs 1945 in Jalta, später in Potsdam, fortgesetzt. Als Nachfolgerin des Völkerbundes war die Organisation der Vereinten Nationen vorgesehen, in welcher der UdSSR eine Uebersetzung gegenüber den Vereinigten Staaten und Grossbritannien angeboten wurde. Durch staatsrechtliche, praktisch jedoch bedeutungslose Anpassungen wurden die Rechte der Unionsrepubliken verstärkt. Seither vertreten die Sowjetunion, die Ukraine und Weissrussland in der UNO drei Stimmen für einen Willen: jenen von Moskau.

In Europa wurde der Krieg am 8. Mai 1945 beendet. Der Krieg gegen Japan ging weiter. Um ihn abzukürzen, wurden zwei Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki eingesetzt. Sie forderten auf einen Schlag und für lange Zeit grosse Opfer an Menschen. Aber die Fortsetzung des Krieges hätte wahrscheinlich weit mehr Opfer gefordert, und die Welt hätte keine eindringliche Warnung zur Vermeidung künftiger Atomkriege vor Augen gehabt. So hat sich der Einsatz der Atombomben historisch gerechtfertigt. Er hatte überdies zur Folge, dass die Sowjetunion in letzter Minute auf den schon fast anhaltenden Zug sprang und zwei Wochen vor Abschluss des Krieges Japan noch den Krieg erklärte. Damit konnte sie sich in die Friedensregelung auch in Asien einschalten.

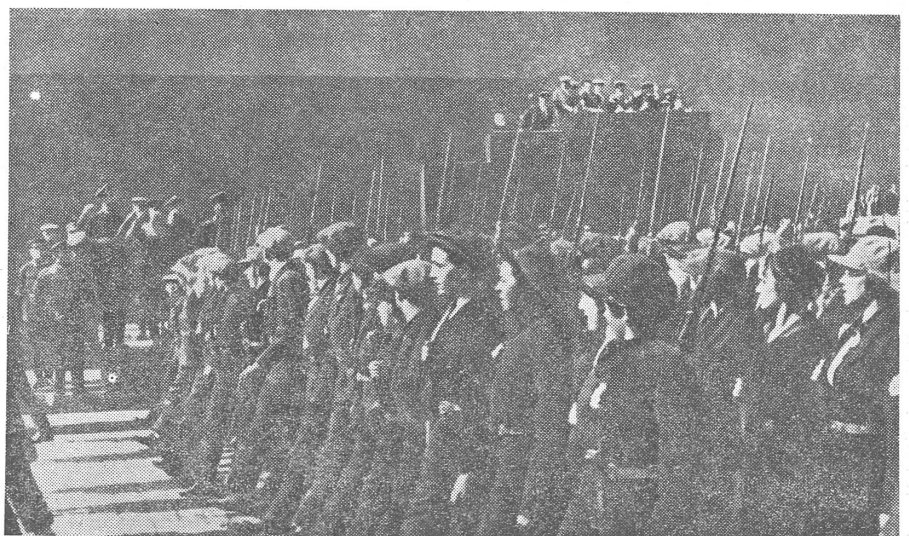
1945—1948: Bildung des Satellitengürtels

In Jalta ist die Welt von den Siegermächten in Einflusszonen aufgeteilt worden. Nicht in erster Linie diesem Umstand war es zuzuschreiben, dass Osteuropa gegen den Willen seiner Völker unter kommunistische Herrschaft geriet. Der Hauptgrund lag einerseits in der Verletzung dieser Abkommen durch die Sowjetunion, die sich verpflichtet hatte, das Selbstbestimmungsrecht auch der osteuropäischen Völker zu achten. «Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann.» Mit diesen, gegenüber Djilas und Tito geäusserten Worten hatte Stalin sein Nachkriegsprogramm skizziert.

Der Grund lag aber andererseits auch darin, dass diese Verletzungen von den westlichen Alliierten nicht wirksam geahndet werden konnten. Proteste blieben unbefähigt; es hätte wohl einer Kriegsdrohung bedurft, um die Sowjetunion von der gewaltsamen Konstituierung kommunistischer Regimes abzuhalten. Und eine solche Kriegsdrohung wäre bei der westlichen Kriegsmüdigkeit und beim mangelnden Verständnis für die Entwicklungen wenig glaubwürdig gewesen.

Der Uebernahme und Festigung der Macht durch die Bolschewiki in Russland selber war der Westen von wenigen Ausnahmen abgesehen recht unbeteiligt gegenübergestanden. Russland war weit weg, und die dortigen Vorgänge schienen bloss von innenpolitischer Bedeutung zu sein. Daher war der Westen auf die in Osteuropa angewendete Taktik schlecht vorbereitet. Dass in grossem Ausmass Wahlen gefälscht, dass durch Schauprozesse die bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker widerrechtlich eliminiert, dass durch geschickte Unterwanderung politische und kulturelle Organisationen auf Kurs gezwungen werden konnten: das musste jenem Betrachter undenkbar scheinen, der immer wieder mit demokratischen Massstäben die osteuropäische Entwicklung zu verstehen suchte. In zynischer Offenheit hatte Matyas Rakosi, der zeitweilige Moskauer Statthalter in Ungarn, das Schema und die Methoden zur kommunistischen Machtübernahme im sowjetischen Vorfeld enthüllt und dafür den Begriff der **Salami-taktik** geprägt: Wer die ganze Wurst auf einen Hieb erringen will, erzeugt zu viel Widerstand; wer statt dessen Scheibe um Scheibe abschneidet, wird unbemerkt die ganze Wurst einsacken.

So fielen bis Ende 1947 Rumänien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, die sowjetischen Besatzungszonen in Deutschland und Oesterreich unter kommunistische Herrschaft, ohne je auch nur in einer einzigen freien Wahl durch eine Volksmehrheit eine entsprechende Neigung bekundet zu haben. Im Februar 1948 war die Zeit reif für einen Putsch in der Tschechoslowakei, wo die bevorstehenden Wahlen der



Bewaffnete Arbeiterjugend: im Gleichschritt in die Gleichschaltung.

Kommunistischen Partei aller Voraussicht nach eine Niederlage eingebracht hätten. Das demokratische Regime wurde eliminiert, und mit Gottwald konnte auch dort ein kommunistisches Regime errichtet werden. Damit waren in Osteuropa allein eine Million Quadratkilometer mit knapp 100 Millionen Menschen den Statthaltern Moskaus unterstellt worden.

Offensichtlicher wurde die von der UdSSR am 24. September 1941 unterzeichnete Atlantik-Charta durch direkte Annexionen verletzt. Insgesamt verleihte sich die Sowjetunion folgende Gebiete ein:

	Bevölkerung	km²
Finnische Provinzen	450 000	65 000
Polnische Provinzen	11 800 000	181 000
Estland	1 122 000	45 000
Lettland	1 951 000	64 000
Litauen	2 957 000	65 000
Rumänische Provinzen	3 700 000	50 000
Königsberger Gebiet	1 187 000	14 000
CSR-Gebiete	731 000	13 000
Süd-Sachalin	415 000	36 000
Kurilen	18 000	10 000
Tannu Tuva	65 000	166 000
Kuschka	?	?
Total	24 396 000	709 000

Als im Herbst 1947 mit der Gründung der Kominform sogar die Komintern eine Nachfolgerin erhielt, war die Sowjetunion unter Stalin wieder auf den alten Weg zur Weltrevolution zurückgekehrt. Die Hoffnungen so vieler Menschen hüben und drüben nach einer Evolution des Moskauer Regimes in der Richtung der Demokratie waren brutal zerstört worden.

Zwangsweise wurden die osteuropäischen Volkswirtschaften der kommunistischen Planung unterstellt und auf die Sowjetwirtschaft ausgerichtet. Nach dem sowjetischen Vorbild wurde der Kampf systematisch gegen die Kirche, gegen Bürgertum und Sozialdemokratie, gegen die Mittelschichten und vor allem gegen die Bauern geführt. Churchill sprach in Fulton die historischen Worte, dass ein eiserner Vorhang sich über Europa gesenkt habe.

Die Vereinigten Staaten hatten als erste die Zeichen der Zeit verstanden. Spontane Wirtschaftshilfe an Griechenland 1946 hatte dieses Land

davor bewahrt, in den kommunistischen Sog zu gelangen. Das führte 1947 zum Angebot der Marshallplan-Hilfe an West- und Osteuropa. Nur die Tschechoslowakei nahm das Angebot an, musste dann aber unter sowjetischem Druck verzichten. Die Teilung Europas vertiefte sich.

Die dem russischen Volk während des Krieges gewährten Konzessionen wurden unerbittlich rückgängig gemacht. Auch dort flammte der Atheismus neu auf. Kunst und Kultur wurden durch Schdanow strenger an die Kandare genommen. Neue Säuberungen setzten ein und überfüllten die Zwangsarbeitslager. Mindestens zehn, vermutlich aber zwanzig Millionen Menschen wurden zeitweise als politische Gefangene zum Wiederaufbau wirtschaftlich ausgebeutet.

Die Sonne war im Osten untergegangen.

1948—1953: Die letzten Jahre Stalins

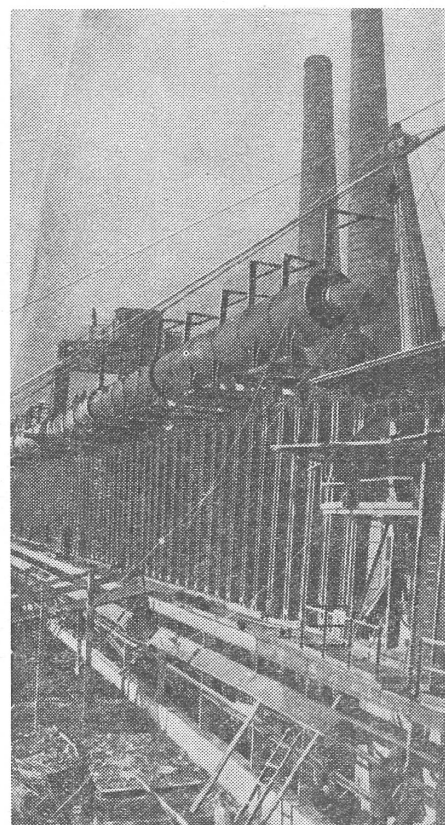
Dann endlich erwachte auch Westeuropa. Zur militärischen Sicherung wurde 1948 der Nordatlantik-Pakt geschlossen. Der Widerstand gegen den kommunistischen Vormarsch wuchs. In Jugoslawien lehnte sich Tito strafflos gegen den zentralen Führungsanspruch Moskaus auf und schaffte mit der parallelen Existenz orthodoxer und eines häretischen Regimes einen gefährlichen Präzedenzfall. In Griechenland konnte der Bürgerkrieg abgeschlossen werden. Tausende von Kindern wurden zwar von den Kommunisten verschleppt, aber Markos musste ins Exil.

Die Blockade gegen West-Berlin scheiterte an der entschlossenen Haltung Trumans. Mit einer kostspieligen Luftbrücke wurde monatelang eine Bevölkerung ernährt, die vom Kommunismus nichts wissen wollte, die unter grösster Gefahr und konkreter Bedrohung nie wankend geworden ist. Unter die Blockade fielen auch die Milchlieferungen. Nicht einmal das steile Ansteigen der Säuglingssterblichkeit in West-Berlin vermochte den Widerstand zu brechen.

Die Sowjetunion hatte damit die ihr vorläufig in Europa gesetzten Grenzen erreicht. Nun sollte das Erreichte auch konsolidiert werden. 1949 wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) zwecks ökonomischer Integration des Ostblocks gegründet. Und schon setzten die Parteisäuberungen in den Satelliten mit den Prozessen gegen Gomulka, Rajk, Kotschi-Drode, Kostoff, Anna Pauker, Slansky und viele andere ein.

Das aussenpolitische Interesse der Sowjetunion wurde nach Asien verlagert. Denn mittlerweile hatte Mao Tse-tung dort die Voraussetzungen für eine Machtübernahme gelegt. Mitte 1949 kontrollierte er das Festland. Die Volksrepublik China wurde ausgerufen. Tschiang Kai-schek zog sich auf Formosa zurück.

Es ist wahrscheinlich, dass Stalin dieser Entwicklung nicht ohne Skepsis gegenüberstand. In Asien hatte sich Moskau Brückenköpfe in der Mongolei (Bevölkerung 1 Million), in Nordkorea (9,6 Millionen) und in Nordvietnam (13,8 Millionen) gebildet. Das war ungenügend, um die chinesischen Kommunisten — die wie Tito ohne Hilfe der Roten Armee an die Macht gelangten — sicher zu kontrollieren, zumal China 9,5 Millionen Quadratkilometer und damals etwa 650 Millionen Einwohner zählte. Dieses potentiell mächtigste Land der Erde trug den Keim kommunistischer Sezession in sich. Es war kein Satellit, sondern der Junior-Partner Moskaus.



Gigantomanie in Magnitogorsk.

Stalin war in einer schwierigen Lage. Er konnte nicht mehr tun, als — wie glaubwürdig berichtet wird — Mao vom Marsch auf Peking abzurufen. Die chinesischen Kommunisten gewaltsam zu hindern, lag nicht in seinen Möglichkeiten. Als Mao Stalins Rat in den Wind schlug, musste die Sowjetunion das Beste aus der gegebenen Lage zu machen suchen: Sie unterstützte mit Geld und Experten den rotchinesischen Machtaufbau, auch dann noch, als Peking 1950 die Moskauer Aggressivität mit dem Ueberfall auf Südkorea usurpierte.

Wieder waren es die Vereinigten Staaten, die die Führung im Widerstand gegen den kommunistischen Vormarsch übernahmen, deren Soldaten im Kampf für Südkoreas Unabhängigkeit einen hohen Blutzoll entrichteten. Mit dem westlichen Erfolg war eine wichtige Ruhepause gesichert.

Stalin, der sich anlässlich seines 70. Geburtstages 1949 als Halbgott feiern liess, der 1952 zum 19. Kongress der KPdSU einberufen hatte — der erste nach dreizehn Jahren —, neigte sich seinem Ende zu. Noch bäumte sich sein krankhaftes Misstrauen ein letztes Mal auf. Ein angebliches Aertzekomplot sollte zu einer erneuten Säuberung führen, in der antisemitische Untertöne nicht fehlten. Da ereilte ihn, wie Lenin, ein Hirnschlag. Am 5. März 1953 verstarb er nach schwerem Leiden.

Vom ersten Krankheitsbulletin bis zur letzten Trauerrede wurde von den Führern zur Ruhe, Ordnung und Wachsamkeit aufgerufen und vor Panik gewarnt, als ob sie die regimfeindliche Einstellung des Volkes gefürchtet, als ob sie die kommenden Prüfungen des Kommunismus gehahnt hätten.

Stalinlied der Freien Jugend der Schweiz

In der Heimat wunderbaren Weiten
schufen wir, durch Werk und Kampf gestählt,
dieses frohe Lied in unserm Schreiten,
unser Freund und Lehrer hat's beseelt.

Stalinkraft, die uns're Flügel weitet,
Stalins Ruhmeskraft und Kampferfolg,
hinter Stalin stark, entschlossen,
schreitet kämpfend, singend unser junges Volk.

Immer emsiger und immer heller
blühet unser weites Sowjetland.
Ueppig tragen der Kolchosen Felder
unter Stalins fester Vaterhand.

Wie auf Schwingen uns're Kräfte stieben,
kühner Mut beflügelt uns're Hand.
Lieder voller Ueberfluss und Leben
preisen unser schönes Sowjetland.



Das Politbüro am 19. Parteikongress von 1952, dem letzten ...

1953—1955: Das zweite Interregnum

Wie Lenin hatte auch Stalin es sich versagen müssen, seine Nachfolge zu regeln. Mehr noch als Lenin hinterliess Stalin Unsicherheit, Zweifel und Furcht in der Führung, Hoffnung jedoch beim Volk.

Malenkov und Chruschtschew rückten in die ersten Positionen vor, jener sofort als Ministerpräsident, dieser im September als Parteisekretär. Hinter beiden stand der langjährige Geheimdienstchef Berija, das erste Opfer der neuen Führung. Er soll an einer Sitzung von seinen Kollegen erschossen worden sein.

Hatte das russische Volk so lange schon unter der totalitären Diktatur gelitten, so konnte es auch noch etwas weiter zuwarten. Dass etwas ändern

musste nach Stalins Tod, war unumgänglich. Und jede Aenderung bedeutete Besserung.

Die ersten Massnahmen der neuen Führung wiesen in dieser Richtung: es galt, die Loyalität der eigenen Bevölkerung zu erkaufen.

Den Bauern wurden Erleichterungen gewährt. Die schwerfällige und kaum elastische Planwirtschaft erlaubte jene rasche Anpassung nicht, die aus politischen Gründen notwendig war. Daher verkaufte Malenkov grosse Mengen russischen Goldes im Westen, um kurzfristig zur Beruhigung der Bevölkerung Konsumgüter auf den Markt zu werfen. Diese Methode wurde auch später beibehalten. Die berühmte Gerichtsgewalt des Innenministeriums und seiner Polizei, Nachfolgerin von Tscheka und NKWD, wurde 1954 beschnitten. Und die neuen Männer versuchten, die Sowjetunion aus ihrer Isolation herauszuführen. Malenkows Reise nach England brach mit einer jahrzehntelangen Tradition.

So war es nicht in Russland selbst, wo Stalins Tod die ersten Beben erzeugte und die Zentrale des Weltkommunismus zu erschüttern begann, sondern im westlichen Vorfeld, im höchst industrialisierten Satelliten, damit nachträglich den marxistisch-leninistischen Irrtum bestätigend: Der Kommunismus ist eben nicht das zwangsläufige Endziel der kapitalistischen Gesellschaft, sondern bestenfalls ein Versuch, den Anschluss an die Industriegesellschaft rascher zu finden.

Am 17. Juni 1953 hatten Arbeiter und Jugendliche in Ost-Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands den Versuch unternommen, sich des Regimes von Pieck und Ulbricht zu entledigen. Der Versuch scheiterte, weil die sowjetischen Besatzungstruppen nach anfänglichem Zögern den Befehl erhielten, einzugreifen. Das Selbstbestimmungsrecht, zu dem sich die kommunistischen Führer ebenso oft bekannt wie sie es den beherrschten Völkern verweigert haben, blieb auch den Ostdeutschen vorenthalten.

Der Zusammenhalt unter den Mitgliedern der neuen Führung im Kreml wurde schwächer. Der Kampf gegen Berija hatte vorübergehend Gräben

überbrückt und Spaltungen gekittet. Die Unsicherheit wegen der Haltung der Völker und die Widersprüchlichkeit der neuen Massnahmen erzwangen jedoch die Konzentration der Führung. Anfangs 1955 wurde Malenkov abgesetzt — hier kam der Formwandel deutlich zum Ausdruck. Bulganin folgte ihm nach, aber Chruschtschew hatte sich als der mächtige Mann bereits in den Vordergrund gespielt. Im Mai wurde überraschend die sowjetische Zone Oesterreichs von den Besatzungstruppen befreit.

War das erste Interregnum auf eine liberale Phase gefolgt, so löste das zweite eine radikale Epoche sowjetischer Geschichte ab. Die Wirkungen waren daher verschieden. Aenderungen und Gewichtsverlagerungen — sie sind zwangsläufige Erscheinungen von Nachfolgekämpfen — deuteten damals auf eine Zentralisierung, jetzt jedoch auf eine Dezentralisierung. Zur Sicherung der kommunistischen Staatengruppe wurde immerhin der Warschauer Militärpakt gegründet.

Die sichtbarsten Merkmale des Totalitarismus verschwanden, und neue Formen einer verwalteten Gesellschaft traten auf, deren Möglichkeiten fürs erste im Westen mehr verkannt wurden als im Osten selbst.

1955—1964: Die Chruschtschowschtschina

Im Volke hatte man die Unsicherheit in der Führung zweifellos wahrgenommen. Die Schriftsteller begannen, die ersten Fesseln abzuwerfen. Aufstände in Zwangsarbeitslagern sowie Streiks folgten. Die Kritik am bisherigen Weg gewann rasch an Popularität. Das Zentralkomitee beschloss eine Verbesserung der Beziehungen mit Jugoslawien, und im Juli 1955 nahmen Chruschtschew und Bulganin an der Viermächtekonferenz in Genf teil, auch dadurch den Willen zu Reformen unterstreichend.

Als Mikojan den 20. Parteikongress im Februar 1956 mit dem Hinweis eröffnete, dass bislang nicht alles zum besten bestellt gewesen sei, sollen



... den Stalin beherrschte.

ihm unerwartete Ovationen dargebracht worden sein. Das mag Chruschtschew mitbestimmt haben, kurz darauf in einer mehrstündigen Rede zu einer scharfen Kritik an Stalin als Halbgott auszuholen, der jetzt bildlich vom Piedestal heruntergerissen wurde, wie wenige Monate darauf — und als unmittelbare Folge davon — es wörtlich in Budapest geschah. So wurden Schleusen geöffnet, die so leicht zu schliessen nicht mehr möglich war.

War Stalin 1953 leiblich gestorben, so wurde er nunmehr politisch begraben. Beide Male wurden Erwartungen geweckt, die zu Volksaufständen führten. Im Juni 1956 streikten die Arbeiter von Posen. Sie erzwangen die Rehabilitierung Gomułka, die Zurückdämmung der polnischen Stalinisten, das Versprechen auf Lohnerhöhung und die Hoffnung auf einen von der Sowjetunion unabhängigen Kurs.

Aus dem polnischen Frühling wurde ein ungarischer Herbst. Von den Erfolgen der Posener Arbeiter ermutigt und auf die Solidarität des Westens bauend, gingen Ungarns Schriftsteller einige Schritte weiter: sie wollten Gedankenfreiheit. Die Bewegung erfasste das Volk und mündete in einen heldenhaften Freiheitskampf. Die Zerstörung der Parteibüros, der Archive der Geheimpolizei und der kommunistischen Büchereien bewies, dass das Volk die Infiltrationsherde kannte. Die eindeutige Reaktion zeigte einmal mehr, dass das Regime wenig Anklang findet, dass es vielmehr verschwindet, sobald Volksmehrheiten wiederum entscheiden.

Die Entstalinisierung hatte den Mythos von der Unfehlbarkeit der Partei zerstört. Nun musste durch offene Gewalt ersetzt werden, was sich durch Linientreue nicht mehr verwirklichen liess. Die sowjetischen Panzer, mit Lüge und Täuschung auf die Strassen Budapests gefahren, beendeten den ungleichen Kampf. Aber wiederum hatte die Welt eine Vorstellung erhalten von der nur allzuoft behaupteten Volksverbundenheit der kommunistischen Regimes. In Moskau protestierten gar Studenten gegen die sowjetische Intervention in Ungarn.

Das Trauma des ungarischen Erlebnisses, kaum gedämpft durch den vielversprechenden Beginn einer Waffenbrüderschaft mit Ägypten im Gefolge der Suezkrise, wirkte sich vorerst in einer zaghaften Liberalisierung aus. In Peking forderte Mao vermutlich aus taktischen Gründen: «Lasst hundert Blumen in meinem Garten blühen», so einem möglichen Uebergreifen der revolutionären Stimmung auf China vorbeugend. Auf den glei-

Schätzung der Opfer unter dem sowjetischen Totalitarismus 1917—1953

Bürgerkrieg 1917—1921	2 500 000
Hungersnot 1921—1923	3 000 000
Opfer der Tscheka und GPU 1923—1930	1 200 000
Hungersnot während Kollektivierung 1930—1933	7 000 000
Opfer der Säuberungen 1933—1939	2 600 000
1939—1953	1 300 000
In Konzentrationslagern gestorben 1917—1953	16 000 000
	33 600 000

chen Schlag allerdings lernte er die möglichen Gegner kennen, die er später um so leichter vernichten konnte. In Moskau dezentralisierte Chruschtschew im Februar 1957 die Wirtschaftsverwaltung, indem er regionale Wirtschaftsräte bildete. Aber dann setzte eine erneute Säuberung ein. Am Juni-Plenum des sowjetischen Zentralkomitees wurden Malenkow, Molotow und Kaganowitsch aus Präsidium und ZK ausgeschlossen, Schepilow aus ZK und Sekretariat, Saburow aus dem Präsidium; Perwuchin wurde zurückgesetzt.

Am 4. Oktober 1957 gelang der Sowjetunion der grosse Schritt ins All: der Welt erster künstlicher Satellit wurde erfolgreich in Umlauf gesetzt. Dass das Ereignis kurz zuvor in der «Prawda» vorausgesagt worden war, wurde im schlafenden Westen nicht bemerkt. So konnte die UdSSR einen politischen Propagandasieg feiern, der nachhaltende Wirkung haben sollte. Schlagartig erhellte, dass die Sowjetunion auf den ihr wichtigen — weil machtmässig relevanten — Gebieten zu einem ernstesten Konkurrenten des Westens geworden war. Fraglos hatte die sowjetische Forschung Bedeutendes geleistet. Verkannt wurde jedoch der dafür geleistete Preis. Im Gedenken an die kaum ein Jahr zurückliegende ungarische Revolution prägte der russische Volksmund den resignierten Satz: «Der künstliche Satellit kann wenigstens pip sagen...»

Wenige Tage später, Mitte Oktober, versprach die Sowjetunion Hilfe und Unterstützung für die chinesische Kernforschung. Dieses Abkommen ebnete den Weg für die Teilnahme Maos an der Konferenz der 12 kommunistischen Staaten vom 14. bis 16. November 1957. Es sollte der letzte Besuch des chinesischen Führers in Moskau sein.

Im März 1958 übernahm Chruschtschew das Amt von Ministerpräsident Bulganin, der im September aus dem Präsidium ausgeschlossen wurde. Von da an konnte der neue Premier und Erste

ParteiSekretär freier schalten und walten als bisher. Sofort löste er eine neue Krise um Berlin aus. Im November erklärte er, dieses Problem innert sechs Monaten in seinem Sinne lösen zu wollen. Damit war der Zickzackkurs eingeschlagen. Die raschen Pendelschläge zwischen Reformismus und Dogmatismus, zwischen Liberalisierung und Verhärtung, zwischen Evolution und Revolution wurden immer sichtbarer, unverständlicher und beklemmender.

Chruschtschew gab sich als Biedermann. Ehrenburg durfte seinen Roman «Das Tauwetter» veröffentlichen und damit einer Aera den Namen geben. Die Koexistenzpropaganda wurde verstärkt, das sowjetische Image mit wärmeren Tönen aufpoliert. In ihrer Propaganda stellte die UdSSR gegenüber dem Westen auf Sieg durch Konkurrenzfähigkeit um. Amerika sollte wirtschaftlich überflügelt werden. Dem Volke wurde vorgegeben, die kommunistische Gesellschaft — jene paradiesische Endvorstellung der Ideologie — sei in greifbare Nähe gerückt. 1980 sollte sie verwirklicht sein.

Dadurch wurden die Beziehungen zum Junior-Partner China — wie sich in der Rückschau herausstellt — erstmals schwer belastet. Die Sowjetunion war im Begriff, überfordert zu werden. Zum einen sollten mehr Konsumgüter hergestellt werden, ohne dass die Schwerindustrie darunter leiden durfte. Zum andern musste mit steigender Wirtschaftshilfe besonders Indien und Ägypten geholfen werden. Zum dritten verlangte Mao immer mehr Unterstützung für den «Sprung nach vorn» in die Industrialisierung, was bei einem Volk von nunmehr 700 Millionen Bewohnern äusserst kostspielig war. All das und die steigenden Mittel für die eigene wissenschaftliche Entwicklung überstieg die Leistungsfähigkeit der durch die Planung behinderten Sowjetwirtschaft.

Für Moskau war es naheliegend, und zwar sowohl unter einem nationalen Gesichtspunkt wie auch unter jenem des Führungsanspruches innerhalb des Weltkommunismus, die Hilfe an China zu drosseln. Dort wurde lediglich ein potentieller Konkurrent gefördert. Im übrigen Asien, in Afrika, dann aber auch in Südamerika — sogar ausserhalb Kubas — liess sich für jeden sowjetischen Rubel mehr Macht gewinnen als in China. Diese Macht wurde zudem benötigt, um die Führungsposition gegenüber Peking bewahren zu können.

Auf die Dauer konnte diese sowjetische Absicht nicht verhüllt werden. Am 20. Juni 1959 wurde das Abkommen mit China über die kernphysikalische Hilfe von 1957 gekündigt. Anfangs Septem-



Totenwache bei Stalins Leiche. Molotow, Woroschilow, Berija, Malenkow, Bulganin, Chruschtschew, Kaganowitsch und Mikojan: alle wurden gestürzt.

ber bedauerte Tass die chinesisch-indischen Grenzzwischenfälle. Von Mitte September an verbrachte Chruschtschew 12 Tage mit Präsident Eisenhower in Camp David. Weniger als ein Jahr später begann der Rückzug sowjetischer Experten aus China. Dies, und die steigende Sowjethilfe an Indien als einem Neutralisator chinesischer Anziehungskraft in Südostasien, zwang Mao schliesslich zum Bruch mit der Alma mater moscovia.

Vorläufig wurden die Gräben gegen aussen aber noch überbrückt. Chruschtschew deckte den chinesischen Völkermord in Tibet. Er suchte seine im Vergleich zu Mao nicht minder radikale Haltung durch die Sabotage der Pariser Gipfelkonferenz vom Mai 1960 und durch die polternde Vorführung eines Erzeugnisses sowjetischer Schuhmacherkunst in der UNO unter Beweis zu stellen. Die Konferenz der 81 kommunistischen Parteien in Moskau — an der unter anderem der Anti-Antikommunismus aus der Taufe gehoben wurde — sollte die Einheit herstellen. Auf die am 13. August 1961 in Berlin errichtete Mauer erklärte Chruschtschew, stolz zu sein.

Und dann holte er zu einem grandiosen Abkürzungsversuch auf dem Weg zur Weltherrschaft aus. Auf Kuba liess er, nicht so unsichtbar wie erhofft, Raketenbasen errichten, mit deren Hilfe er den amerikanischen Rückzug in die Isolation zu erpressen gedachte. John Kennedy blockierte zum Vorteil der ganzen freien Welt den kommunistischen Vormarsch, der sonst unaufhaltsam geworden wäre. Dass Kennedy damit die Welt an den Rand eines Krieges, sogar eines Atomkrieges führte, ja führen musste, wurde ihm ungleich rascher vergessen und verziehen als seinem Amtsnachfolger Johnson fünf Jahre später in Vietnam. Aber Kubas kommunistisches Regime konnte gerettet werden. Damit hatte Kennedy nur einen halben Sieg errungen, Chruschtschew nur eine halbe Niederlage erlitten. Sein Niedergang war immerhin besiegelt.

Mit dazu beigetragen hatte die wenig rationelle, äusserst sprunghafte Innen-, besonders Wirtschaftspolitik Chruschtschews. Agrarreform und Dezentralisierung der Wirtschaft wurden dekretiert und ständig amendiert. Ordnung und Gegen-

ordnung endeten schliesslich in Unordnung. Die Neuausrichtung der Wirtschaftsverwaltung auf das regionale Prinzip durch Bildung von Volkswirtschaftsräten brachte die erhoffte Besserung nicht. Am 14. Oktober 1964 wurde das Maiskölbchen (Kukuruznik), wie Chruschtschew im Volke mit liebevoller Ironie genannt wurde, abgesetzt und in die Pensionierung geschickt. Sein Nachfolger wurde Kossygin. Der Gedanke der kollektiven Führung erhielt neue Belebung.

1964—1967: Die kollektive Führung

Drei Monate, bevor Chruschtschew fiel, hatte Breschnew seine Funktionen als Staatsoberhaupt an Mikojan abgeben müssen, den letzten Bolschewik, der geschickt alle Stürme zu überwettern und alle Säuberungen zu überstehen vermocht hatte. Mit dem Fall Chruschtschews kam Breschnew erneut in den Vordergrund; am 23. Parteikongress im Frühjahr 1966 wurde er auf den wieder eingeführten Posten eines Generalsekretärs der KPdSU berufen. Im Dezember zuvor hatte Podgorny Mikojan abgelöst.

Der neuen Trojka stellten sich schwere Probleme. Fürs erste wurde die Polemik mit China abgebrochen. Man mochte in Moskau gehofft haben, Mao zu beschwichtigen und ihm sein Gesicht zu lassen, indem man Chruschtschew opferte. Aber das Opfer wurde nicht angenommen, und der Graben vertiefte sich.

Als 1965 die USA beschlossen, in Südvietnam die vertraglich versprochene Hilfe gegen die nordvietnamesische Infiltration und Subversion zu leisten, wurde die UdSSR in eine äusserst delicate Lage manövriert. Gewann Nordvietnam, war es ein Sieg Pekings. Das hätte das Machtgleichgewicht zugunsten Chinas verschoben. Daher zog es Moskau vor, Gewehr bei Fuss zu stehen, sogar mit dem Risiko, als Verräter an der kommunistischen Solidarität bezeichnet zu werden. Die fehlenden Taten einer militärischen Unterstützung Nordvietnams wurden mit sehr lauten Worten einer verstärkten anti-amerikanischen Propaganda mehr schlecht als recht getarnt. So hatte die amerikanische Intervention unter anderen positiven Erfolgen auch diesen zu verbuchen, dass der



Chruschtschew und Malenkov während des zweiten Interregnums. In den Apfel biss erst Malenkov.

Graben zwischen Peking und Moskau vertieft wurde.

In dem Ausmass, wie sich der Klassenkampf als Folge einer historischen Umschichtung von nationaler auf die internationale Ebene verlagert, verliert die UdSSR ihre Glaubwürdigkeit als revolutionäre Führungsmacht. Im heutigen globalpolitischen Zusammenhang tritt die alte Konfliktachse Ost—West in den Hintergrund, langsam überlagert von der Nord—Süd-Achse, an der sich die gegenwärtigen Probleme zwischen den industrialisierten und unterentwickelten Ländern ausrichten. In diesem neuen politischen Gewebe hat die Sowjetunion ihren Platz noch nicht gefunden und ihre Funktion noch nicht definiert.

Innenpolitisch drückt sie der rechte Schuh: Intellektuelle verlangen mehr Freiheit, Manager mehr Spielraum, das Volk weitergehende Reformen. Aussenpolitisch drückt sie der linke Schuh: soll Moskau das Feld von Peking räumen oder den alten Platz durch eine revolutionäre Haltung zurückerobern? Zeichnet sich die Möglichkeit ab, dass Moskau zwischen Washington und Peking Raum für die dritte Kraft schafft?

Das Dritte hat nie Bestand. Es geht unter, wenn es nicht zum einen oder andern wird. So ist auch die Sowjetunion schliesslich zur Wahl gezwungen. Wird sie auf die evolutionäre oder auf die revolutionäre Seite neigen? Das hängt entscheidend davon ab, ob die Vereinigten Staaten China einzudämmen vermögen. Gelingt dies, so wird sich die UdSSR langsam, aber unaufhaltsam der Demokratie annähern. Misslingt es, so werden die Gegner des amerikanischen Einsatzes in Vietnam ein gerüttelt Mass geschichtlicher Verantwortung mittragen müssen.

Der Weg verläuft nicht geradlinig. Moskau versucht aus verständlichen Gründen, die Entscheidung so lange wie möglich hinauszuzögern und sich inzwischen die bestmögliche Ausgangslage zu schaffen. Der sowjetische Fuss zwischen europäischer Angel und asiatischer Tür im Mittleren Osten ist eine Illustration. Mehr Erfolge dieser Art könnten die UdSSR gar einer Entscheidung entheben. Dann müsste sich der Westen an Moskau annähern.

Auf der gleichen Linie liegen die zahlreichen Verhärtungserscheinungen der letzten Monate. Vielen Schriftstellern wird erneut der Maulkorb vorgegeben. Es wird dem Geiste wieder schwerer gemacht, zu wehen, wo er will.

Die Schachpartie der Weltpolitik ist noch nicht gespielt. Aber jeder Zug, auch der europäischer Figuren, beeinflusst den Ausgang.



Mao wird in Peking über die Auswirkungen von Stalins Ableben orientiert. Mao Tse-tung, N.S. Chruschtschew, N.T. Federenko, Schi Tscheh, N.A. Bulganin und A.I. Mikojan.

III. Der Stand der Union

Der Staat

Die Sowjetunion ist ein multinationaler Bundesstaat, der in seiner jetzigen Form am 30. Dezember 1922 konstituiert wurde. Bis dahin hatte die Russische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik (RSFSR) mit den damals noch «souveränen» Sowjetrepubliken eine gemeinsame Wirtschafts-, Verteidigungs- und Aussenpolitik geführt, wobei jedoch die einheitliche Parteiorganisation, von Moskau geleitet, die zentrale Führung auch auf allen Gebieten des Staatslebens garantierte.

Die ganze Union besteht nach Einverleibung der karelo-finnischen Unionsrepublik in die RSFSR aus 15 Unionsrepubliken als «souveränen» Staaten, welchen beide Unionsverfassungen (1924, 1936) das Recht auf Sezession gewährten. Von den 15 Unionsrepubliken stellen vier eigene föderative Staatsgebilde dar (RSFSR, Georgien, Aserbajdschan und Usbekistan), da in ihrem Rahmen mehrere Völker in geschlossenen, nationalen Siedlungsgebieten leben und ihnen der Status einer autonomen Republik — es gibt deren 20 — verliehen wurde. Den kleineren Völkern wurde der Status eines autonomen Gebietes — 8 an der Zahl — oder eines nationalen Kreises (insgesamt 10) garantiert. Diese autonomen Gebilde halten den unmittelbaren Kontakt mit dem Zentrum formell aufrecht, da sie im Nationalitäten-sowjet des Obersten Sowjets der UdSSR («Senat» des sowjetischen Parlaments) durch Delegierte vertreten sind. Die unmittelbaren Kontakte zwischen Union und Unionsrepublik sind aber auch organisatorisch durch die «ständigen Vertretungen der Unionsrepubliken beim Unionsministerrat» garantiert.

Die Kompetenzen der Unionsrepubliken waren abhängig von den allgemeinen Zentralisierungs- oder Dezentralisierungstendenzen. Im Gründungsvertrag von 1922 gab es kaum gemeinsame Angelegenheiten. Die Verfassung von 1936 zeigte eine starke Tendenz auf Zentralisation; zwischen 1957 und 1962 galt die Dezentralisation, nach 1964 wieder die Zentralisation. Heute gibt es nur unbedeutende autonome Kompetenzen für die Unionsrepubliken: Strassenbau, Kommunalwirtschaft, örtliche Industrie, Sozialversicherung; alle übrigen Angelegenheiten gehören in die Zuständigkeit der Union.

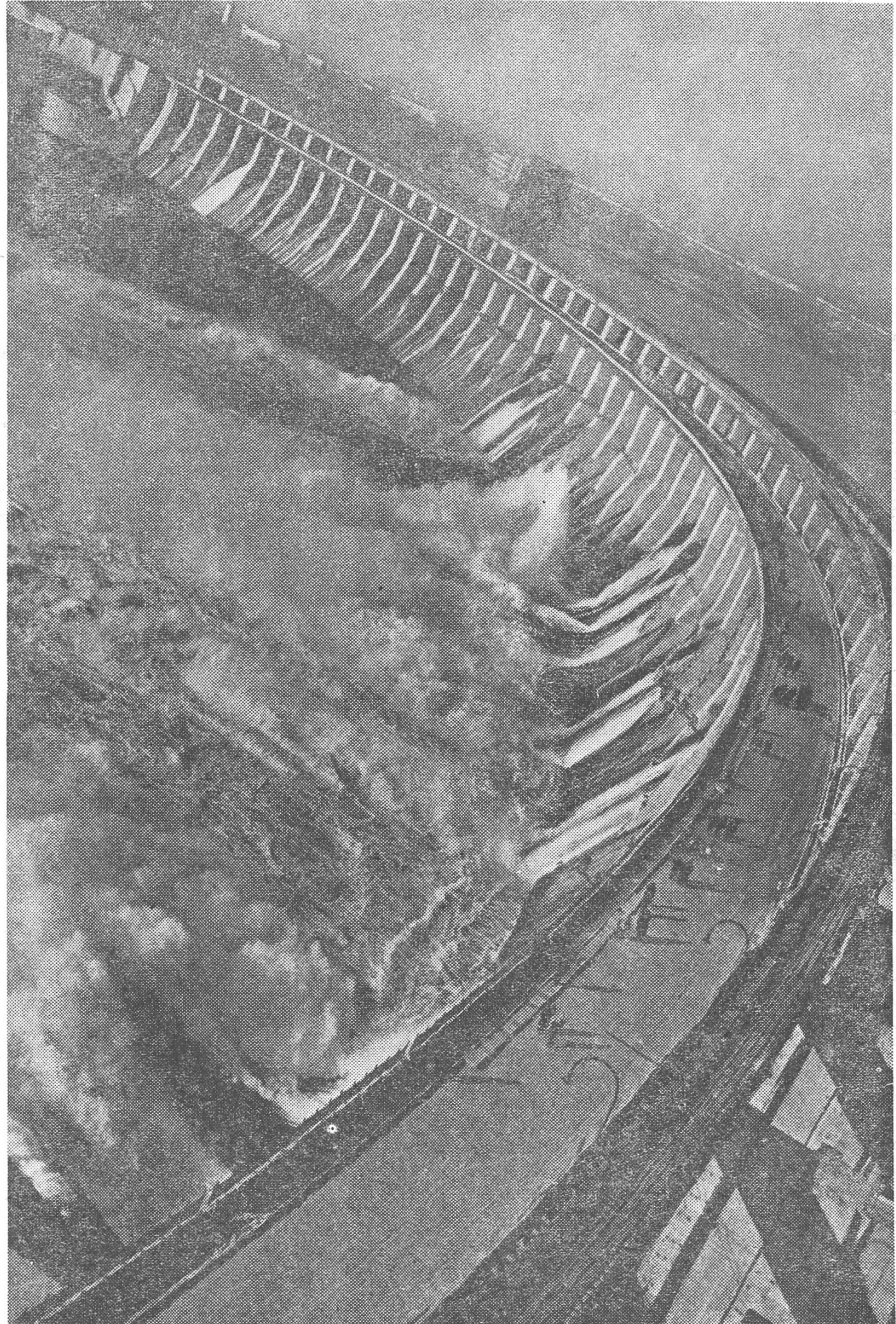
Das oberste Organ der Sowjetunion ist der Oberste Sowjet (Parlament), der aus zwei Kammern, dem Unionssowjet und dem Nationalitäten-sowjet besteht. An seiner Spitze steht das Präsidium als kollektives Staatsoberhaupt. Die Zuständigkeit von Vollversammlung des Obersten Sowjets und seinem Präsidium sind nicht ausgeschieden, weshalb neben dem Obersten Sowjet auch dessen Präsidium als Gesetzgeber auftritt. Eigentlich werden die Aufgaben des Obersten Sowjets und seines Präsidiums immer mehr auf solche der Kontrolle verschoben.

Das oberste Exekutivorgan ist der Ministerrat (bis 1946 Rat der Volkskommissäre), der vom Obersten Sowjet oder Präsidium ernannt wird, dem es rechenschaftspflichtig und untergeordnet ist. Der Ministerrat besteht aus den Ministern sowie den Leitern der Staatskomitees (für die ein-

zelnen Branchen der Industrie, für Staatssicherheit, Presse usw.), den Vorsitzenden von Staatsbank und Statistischer Zentralverwaltung sowie den Präsidenten der 15 Unionsrepubliken (insgesamt 72 Personen). Die 15 Unionsrepubliken und die 20 Autonomen Republiken haben ebenfalls ihre Obersten Sowjets mit Präsidien und Ministerräten. Die Legislative besteht dort jedoch nur aus einer Kammer.

Der Oberste Sowjet steht ferner auch an der Spitze des gesamten Systems der Sowjets (Räte),

da das Prinzip der Gewaltentrennung abgelehnt wird. Jede territoriale Verwaltungseinheit des Staates (112 Gebiete und Grenzgebiete, 2636 Landesbezirke, 1800 Städte, 394 städtische Bezirke) wird vom entsprechenden Sowjet verwaltet, dessen Struktur genau die gleiche ist wie jene des Obersten Sowjets: Plenum und Exekutivkomitee (statt Präsidium). Das Verhältnis zwischen Plenum und Exekutivkomitee entspricht jenem zwischen Oberstem Sowjet und dessen Präsidium.



Staudamm von Dnjepropetrowsk: der Schwung erhielt sich in der Technik.

Die Sowjets — von welchen sich auch die Benennung des ganzen Staates ableitet — sind «demokratisch zentralisierte» Organe, welche dem Prinzip der «doppelten Abhängigkeit» unterordnet sind. Der erste Begriff bezieht sich auf die Wahl auf Grund der Nominierung der Kandidaten durch die Partei und auf die Verantwortung der Gewählten vor den Wählern (das heisst der Partei), sowie auf die restlose Unterordnung unter die höheren Organe. Der zweite bezieht sich auf die Abhängigkeit der einzelnen Sowjetabteilungen von den entsprechenden Abteilungen der höheren Sowjets bis hinauf zum Fachministerium (vertikale Abhängigkeit), sowie die Abhängigkeit des Exekutivkomitees und der Funktionäre vom Sowjetplenum (horizontale Abhängigkeit). Das ganze System der Sowjets wird von einer Verwaltung beim Ministerrat geleitet und zusammengefasst. Unter solchen Bedingungen kann es keine Autonomie geben, da alle höheren Sowjets das Recht haben, die gesetzwidrigen und die der Staats- und Parteipolitik widersprechenden Entscheide und Beschlüsse der untergeordneten Organe ausser Kraft zu setzen, bindende Direktiven zu erteilen usw.

Präsidium des Obersten Sowjets, von der Staatsanwaltschaft, von den entsprechenden Sowjets und vom «Volk» (das heisst von den Wählern auf Grund der systematischen Rechenschaftsberichte der Richter über ihre Tätigkeit und von der Partei). Die mangelhafte Unabhängigkeit der Gerichte lässt sich ebenfalls auf die Ablehnung des Prinzips der Gewaltentrennung zurückführen.

Die Verwaltung des Wirtschaftslebens ist sehr kompliziert, da es für sie eine grosse Anzahl von Verwaltungshierarchien gibt. Was die Industrieverwaltung betrifft, ist auf die absolut und relativ zentralisierten und autonomen Verwaltungshierarchien sowie auf die autonome örtliche Industrie hinzuweisen. Die wichtigsten Industriebranchen sind direkt dem Zentrum untergeordnet, die weniger wichtigen sind dem Zentrum via Unionsrepubliken unterstellt, während die übrigen Branchen der Unionsrepublik und die unbedeutenden sogar den einzelnen Sowjets unterstehen. Die wichtigsten Betriebe der Schwer- und Rüstungsindustrie sind im ganzen Lande direkt von Moskau aus geleitet. Die Agrarverwaltung ist vierstufig; die einzelnen Verwaltungslinien laufen jedoch streckenweise doppelt. Diese sind: die

Banken (Staatsbank, Baubank, Aussenhandelsbank). Die gesellschaftliche Kontrolle wird verwirklicht von den Gewerkschaften, von der Partei sowie vor allem von den Organen der 1962 errichteten Volkskontrolle, die allein zirka 5 Millionen Kontrolleure umfasst.

Schliesslich sei vermerkt, dass trotz gewisser Aufteilung der Kompetenzen zwischen Union und Republiken das ganze Wirtschaftsleben stark zentralisiert bleibt, da Planung, Budget und Kreditwesen immer und unter allen Umständen zentralisiert bleiben müssen.

Die Partei

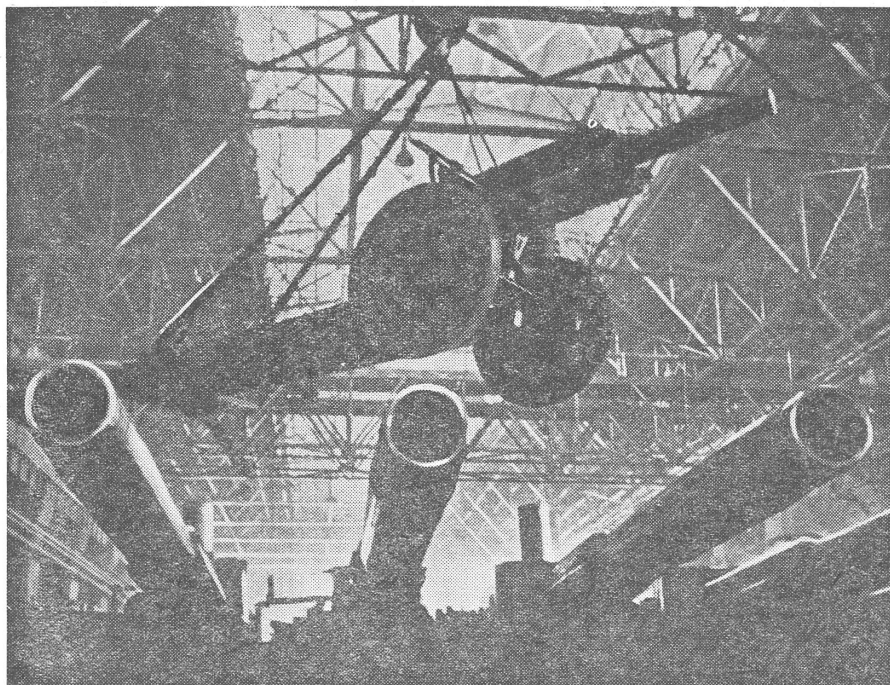
Die Kommunistische Partei der Sowjetunion entstand als linker oder bolschewistischer Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (gegründet 1898) am 2. Kongress dieser Partei im Jahre 1903. Sie hatte verschiedene Benennungen: Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Bolschewiki) von 1903 bis 1918; Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki), RKP(b) von 1918 bis 1925; Allunions Kommunistische Partei (Bolschewiki), VKP(b) von 1925 bis 1952; Kommunistische Partei der Sowjetunion, KPSS, seit 1952. Ihr Wesen, ihre taktische Linie, ihre Methoden und gewissermassen ihr Aufbau änderten sich während 64 Jahren erheblich.

Das geltende Statut von 1961 gibt in der Einleitung folgende Definition der Partei: «Die Partei ist für das Volk da und dient dem Volke. Sie ist die höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation, die führende und richtungweisende Kraft der sowjetischen Gesellschaft. Die Partei leitet die grosse Aufbautätigkeit des Sowjetvolkes, verleiht seinem Kampfe für die Erreichung des Endzieles — des Sieges des Kommunismus — einen organisierten, planmässigen, wissenschaftlich begründeten Charakter ...» Die Parteiführung im Staat und in der Gesellschaft ist zugleich auch ein konstitutionelles Prinzip, das in einem Nebensatz von Art. 126 der Sowjetverfassung verankert wird: Die KP ist der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, sowohl der gesellschaftlichen wie der staatlichen.

Die Partei leitete die Zerstörung des gesamten alten Staatsapparates sowie den Aufbau der neuen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Seit 1917 ist es die Partei, welche die Haupttrichterung der gesamten Tätigkeit des Staates festlegt. Die Parteiführung kommt in folgendem zum Ausdruck:

- Alle grundsätzlichen und wichtigen Probleme müssen auf Grund der Parteidirektiven gelöst werden;
 - Die Partei setzt auf die wichtigsten Posten die besten, dem kommunistischen Aufbau völlig ergebenden Werktätigen (Parteimonopol in der «Kaderpolitik»);
 - Die Partei weist auf die Mängel in der Tätigkeit der verschiedenen Organe hin und entscheidet, wie diese behoben werden müssen.
- Es ist also der Staat, der ein Instrument der Partei ist, und nicht umgekehrt.

In jedem staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organ ist ein entsprechendes Parteiorgan zur Leitung und Kontrolle tätig. Diese Parallele zwischen Partei- und Staatsorganen findet sich auch bei der territorialen Aufteilung des Staatsgebietes: die territorialen Verwaltungsein-



Kanonen statt Butter: Rüstungsanstrengungen im Rahmen des Grossen Vaterländischen Krieges.

Selbst die Gesetzgebung und die Gerichte sind dem «demokratischen Zentralismus» unterworfen. 1957 wurde die Gesetzgebung «dezentralisiert» (sie war 1936 zentralisiert worden): die wichtigsten Fragen werden in Unionsgesetzen geregelt, während für die einzelnen Gebiete des Rechtes und des Staatslebens (Strafrecht, Zivilrecht, Prozessordnungen usw.) vom Zentrum «Grundlagen» oder «Grundsätze» erlassen werden, auf deren Grund die republikanischen Gesetze und Gesetzbücher erlassen werden müssen. Die Unabhängigkeit der Gerichte wird zwar in Theorie und Verfassung anerkannt; praktisch wird jedoch die Rechtsprechung — besonders bei den höheren Gerichten bis einschliesslich das Oberste Gericht der Union — geleitet und kontrolliert vom

Sowjets (durch ihre Agrarverwaltungen), die Produktionsverwaltungen, die Linie des staatlichen Aufkaufes und die Verwaltungen für Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Ersatzteilen und Kadern sowie für die Reparatur von Landmaschinen.

Das normale Funktionieren des Staates wird durch das bürokratische und überdimensionierte Kontrollsystem erschwert. Es gibt eine Staatskontrolle und eine gesellschaftliche Kontrolle. Die erste umfasst die allgemeine Kontrolle (Präsidium des Obersten Sowjets, Staatsanwaltschaft) und die Branchenkontrolle (über Handel, Finanzen usw.), die ministeriale und zwischenministeriale Kontrolle, die Finanz- und Kreditkontrolle durch das Finanzministerium und die

heiten von Partei und Staat müssen genau aufeinander abgestimmt werden. In den Unionsrepubliken gibt es — mit Ausnahme der RSFSR — je eine republikanische (bis 1952 «nationale») Kommunistische Partei, in den Autonomen Republiken, Grenzgebieten und Gebieten findet man Gebietsparteiorganisationen; den Landbezirken und Städten entsprechen die Bezirks- und Stadtorganisationen der Partei. Jedem territorialen staatlichen Organ (Sowjet) entspricht ein Parteikomitee (Bezirkssowjet — Bezirkskomitee der Partei, Gebietssowjet — Gebietskomitee usw.), jedem Ministerrat (sowohl in der Union als auch in den Unionsrepubliken) ein ZK; dem Ministerrat der Autonomen Republiken entspricht jedoch auf Parteiebene das Gebietskomitee. Die einzelnen Ministerien werden von den entsprechenden Abteilungen im ZK geleitet und kontrolliert, während die Leitung der Abteilungen in den verschiedenen Sowjets Aufgabe der parallelen Abteilungen in den Parteikomitees ist.

Die Partei ist eine «demokratisch zentralisierte» einheitliche Organisation. 1919 und 1920 wurden Versuche unternommen — seitens der nichtrussischen Kommunisten —, die Partei nach dem Muster des Staates in eine föderalistische Organisation umzuwandeln, was jedoch von Lenin abgelehnt wurde. Die republikanischen Parteien sind also genau so von Moskau abhängig wie die dem Parteizentrum direkt unterstehenden Gebiets- und Grenzgebietskomitees in der RSFSR. Es ist klar, dass die föderative Struktur des Staates praktisch bedeutungslos ist, wenn die ihn leitende und kontrollierende Organisation zentralisiert bleibt. Die organisatorische Einheit wurde auch dadurch hervorgehoben, dass die RSFSR, welche mehr als drei Viertel der gesamten Staatsfläche (17,5 von 22,4 Millionen Quadratkilometer Fläche) umfasst, welche wirtschaftlich und kulturell die Führung innehat, keine eigene Partei aufweist; sie wird vom Moskauer Parteizentrum direkt geleitet und kontrolliert.

Ein anderer Aspekt der organisatorischen und ideologischen Einheit der Partei ist der Umstand, dass in ihr keine Fraktionen geduldet werden; deren Mitglieder müssen aus der Partei ausgeschlossen werden (Einleitung zum Statut).

Diese Einheit sollte durch eine eiserne Disziplin (Statut, Art. 2/i) garantiert werden. Disziplinverletzer müssen vor Parteigericht gestellt werden, das sogar in Strafsachen der Parteileute das erste Wort hat.

Das *Funktionsprinzip* der Partei ist der «demokratische Zentralismus»: Wahl der leitenden Organe von unten nach oben. Möglichkeit zur Aberufung der Gewählten, ihre Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern (Parteidemokratie), Einhaltung der Parteidisziplin und bindende Kraft der Anordnungen der höheren Organe für die niederen (Zentralismus; Art. 20). Die Parteidemokratie wird jedoch durch die Aufstellung der Kandidaten von oben (Art. 24) und die Bestätigung der gewählten Funktionäre ebenfalls von oben eingeschränkt. *Prinzip* der Parteistruktur ist der territoriale und Produktionsgrundsatz. Dies bedeutet: In allen Produktionseinheiten, Behörden, Schulen, Armee-Einheiten usw. werden Grundorganisationen gebildet, welche in territorialen Organisationen zusammengefasst werden, die den staatlichen territorialen Verwaltungseinheiten entsprechen. Eine Ausnahme bildet die territoriale Grundorganisation in den Wohnstätten, welche

die Erziehung und Kontrolle der Mieter zur Aufgabe hat.

An der Spitze der gesamten Partei steht der Parteikongress, der alle vier Jahre zusammentritt. In der Zwischenzeit wird die Partei von dem vom Kongress gewählten ZK geleitet. Da jedoch auch dieses grosse Gremium (195 Mitglieder, 165 Kandidaten) jährlich nur zweimal zusammentritt, wird die Führung vom Politbüro (nach Stalin und bis 1966 Präsidium) und Sekretariat gewährleistet.

nommen. Beide sind vom ZK gewählt und ihm der Form nach rechenschaftspflichtig. Rechenschaftspflicht und Bestätigung der Beschlüsse ist auf allen Stufen der Parteihierarchie realiter eine Formalität, da die Beschlüsse sofort in Kraft treten und für die gesamte Partei bindend sind. Das ZK organisiert ebenfalls das Komitee für Parteikontrolle, das als höchstes Aufsichtsorgan für die Organisationen und oberstes Parteigericht tätig ist.



Friede für die Welt: Worte ohne Taten.

Das Politbüro ist ein «gesellschaftliches» Organ, dessen Mitglieder von Fall zu Fall zusammentreten, während das Sekretariat aus hauptamtlichen Parteifunktionären besteht, dessen Mitglieder die wichtigsten Ressorts leiten (Politbüro: 11 Vollmitglieder und 8 Kandidaten, Sekretariat 11 Mitglieder). Das Politbüro ist ein kollektives Organ, nicht aber das Sekretariat. Durch mehrstufige Delegierung werden also die Kongress-Kompetenzen von Politbüro und Sekretariat über-

Die 14 republikanischen Parteien haben die gleiche Struktur: Kongress, ZK, Politbüro (Büro) und Sekretariat, während alle übrigen territorialen Organisationen (mit Ausnahme der territorialen Grundorganisation) folgende Struktur aufweisen: Parteikonferenz, Komitee und Büro. Das Komitee wählt ausserdem einige Sekretäre (einen Ersten und einige weitere).

Die Grundorganisationen haben folgende Struktur: Mitgliederversammlung, Büro (in den gros-

sen Komitees) und Sekretär. In den Grossbetrieben und Ministerien gibt es zusammengesetzte Grundorganisationen (die Grundorganisation besteht aus mehreren Organisationen); in diesem Fall ist die Konferenz der Delegierten der einzelnen Organisationen das leitende Organ der gesamtbetrieblichen Organisation. Die Grundorganisationen haben das Recht und die Pflicht, die Produktionsbetriebe und die für die Produktion arbeitenden wissenschaftlichen Institute direkt, alle übrigen Behörden indirekt zu kontrollieren, zu welchem Zweck sie eine Kontrollkommission wählen müssen (Art. 60).

Ein weiteres Funktionsprinzip ist die kollektive Führung (Art. 27), das jedoch kaum zur Geltung kommen kann, da — wie selbst die Parteibeschlüsse dies offen anerkennen — die Befugnisse der kollektiven Organe (Kongress, Konferenz, Komitee, Büro) von der Exekutive (vom Sekretariat) übernommen werden. Die bisherigen Parteierfahrungen beweisen, dass die kollektive Führung immer in eine Einmannführung mündete.



Machtdemonstration an der Revolutionsfeier vor zehn Jahren.

Die Partei sollte einen Arbeitercharakter aufweisen, und sie sollte Vortrupp und keine Massenpartei sein. Der Arbeitercharakter ging jedoch nach der Aufhebung der Aufnahmeerleichterungen für Arbeiter (1938) sofort verloren: im Jahre 1938 bestanden 64,3 Prozent der Mitgliedschaft aus Arbeitern, 1942 noch 39,2 Prozent und 1956 nur 32 Prozent. Seitdem forciert man erneut die Aufnahme von Arbeitern, weshalb ihr Anteil heute auf 37,8 Prozent angestiegen ist. Hingegen ist die Partei eine Organisation der Bürokraten: 1956 bestanden 50,9 Prozent der Mitgliedschaft aus Funktionären und Angestellten, heute 46 Prozent. Während der ersten Jahrzehnte ihrer Existenz war die KPdSU tatsächlich eine

Partei der Elite, ein Vortrupp; heute nimmt sie Richtung auf eine Massenpartei. Mitte 1967 umfasste sie 12,8 Millionen Mitglieder bei einer Bevölkerung von 231 Millionen Einwohnern.

Die Partei leitet Staat und Gesellschaft mit Hilfe der sogenannten Transmissionsriemen, das heisst gesellschaftlicher Organisationen, welche unter direkter Parteiführung und Kontrolle stehen. Unter diesen Organisationen stehen *Gewerkschaften* und *Komsomol* auf dem ersten Platz. Die Gewerkschaften sind «Schulen des Kommunismus», die sich mit «Lohndemagogie» nicht beschäftigen dürfen. Sie müssen statutengemäss die Parteipolitik ausführen und insbesondere die Arbeitsproduktivität fördern. Bei den leitenden Organen entsteht eine Personalunion mit der Partei. Der Komsomol ist die einheitliche und einzige Jugendorganisation im Lande, welche die Jugendabteilung der Partei darstellt und gegenwärtig 23 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 28 Jahren umfasst. Die jüngere Generation wird durch die Pionierbewegung beziehungsweise die Oktjabristen (von 7 Jahren an) erfasst und erzogen.

Die Nationalitäten

In der Sowjetunion leben über 100 Nationen und Völkergruppen, unter welchen die weitaus grösste natürlich die russische ist. Der staatliche Aufbau trägt diesem Charakter der Bevölkerung Rechnung, da das gesamte Staatswesen auf das nationale Prinzip aufgebaut wird. Obwohl in der Theorie die Gleichberechtigung aller Nationen und Nationalitäten der Sowjetunion immer wieder betont und die Verfassung in Art. 123 die Gleichberechtigung der Bürger ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit garantiert, kann von Gleichberechtigung der Nationen und Volksgruppen in der Praxis kaum die Rede sein.

Man unterscheidet zwischen Nationen, welchen eine eigene Staatlichkeit (Unionsrepublik, Autonome Republik, Autonomes Gebiet oder Nationaler Kreis) gewährt wird, und allen übrigen, denen das Recht auf Eigenstaatlichkeit vorenthalten bleibt. Von den über 100 Nationalitäten gibt es nur 53, welche eine Autonomie besitzen. Den übrigen, sogar solchen mit alten kulturellen Traditionen, wurde jegliche Autonomie verweigert. Es gibt Völkergruppen mit 5000 bis 10 000 Angehörigen, denen der Status eines Nationalen Kreises oder eines Autonomen Gebietes, etwas grössere Völkergruppen — etwa die Tuvinen mit 100 000 Seelen —, denen der Status einer Autonomen Republik gewährt wurde. Die Deutschen (1959: 1,6 Millionen Seelen), die Polen (1959: 1,4 Millionen Seelen) oder die Ungarn (1959: 155 000 Seelen) haben nicht die geringste Autonomie.

Die letzte Volkszählung vom Januar 1959 zeigt folgendes Bild über den Stand der nationalen Zusammensetzung der Nationalitätengruppen mit über 100 000 Angehörigen (in Millionen):

Gesamte Bevölkerung	208,8
Davon:	
Russen	114,6
Ukrainer	37,0
Weissrussen	7,8
Usbeken	6,0
Tataren	5,0
Letten	1,4
Tadschiken	1,4
Polen	1,4
Mordinen	1,3
Turkmenen	1,0
Baschkieren	1,0

Kasachen	3,6	Kirgisen	1,0
Aserbajdsch	2,9	Esten	1,0
Armenier	2,8	Udmurten	0,6
Georgier	2,6	Marijzen	0,5
Litauer	2,3	Bulgaren	0,3
Juden	2,3	Koreaner	0,3
Moldauer	2,2	Griechen	0,3
Deutsche	1,6	Ungarn	0,2
Tschuwaschen	1,5	Tuvinen	0,1

Der Staat hat bei der Förderung der Zivilisation unter den früher primitiven kleinen Völkern des zaristischen Russlands grosse Verdienste erworben. Der Analphabetismus wurde bei allen Nationalitäten liquidiert. Die grösseren Völker erhielten während des Sowjetregimes eigene Schrift und Literatur (zuerst auf dem lateinischen, später auf dem kyrillischen Alphabet gründend). In den Unionsrepubliken wurden eigene Akademien der Wissenschaften errichtet; es gibt in diesen früher stark zurückgebliebenen Gebieten zahlreiche Universitäten und Hochschulen, an welchen in der Landessprache unterrichtet wird.

Trotz dieser grossen Verdienste des neuen Regimes ist die ständig wachsende Rolle der Russen und die abnehmende Bedeutung der übrigen Nationen und Nationalitäten eine Tatsache. Annäherung und künftige Verschmelzung der Nationen (nicht mittels Gewalt, sondern durch ein «freies Bündnis der werktätigen Massen») wird als «objektive Gesetzmässigkeit» des Sozialismus ausgegeben.

Im Zeichen dieses «objektiven Gesetzes» der Entwicklung werden gemeinsame Sprache und Kultur gefördert, der Nationalismus als ein «schädlicher Ueberrest der Vergangenheit» verfolgt. Als gemeinsame Sprache wird das Russische hervorgehoben, und man erzielte auf diesem Gebiet schon bedeutende Erfolge: 1959 gaben von den 94 200 000 Nichtrussen 10,2 Millionen das Russische als Muttersprache an, während von den Russen nur 270 000 (0,2 Prozent) eine nicht-russische Muttersprache hatten. 25 Prozent der Deutschen, 79,2 Prozent der Juden, 55,5 Prozent der Polen, 2,8 Prozent der Ungarn usw. sprechen Russisch bereits als Muttersprache. Dies ist ein Zeichen der «Integration» und zugleich des «stufenweisen Absterbens der Sprachen». Diese für den Fortbestand der kleineren Nationen und Völkergruppen problematische Entwicklung ist im wesentlichen auf die zunehmende Industrialisierung und auf die Bestrebung, die Staatsverwaltung zu vereinfachen, zurückzuführen. Lediglich bei der Kritik an einer nationalbewussten Literatur in den nationalen Randgebieten, an der Huldigung für die nationalen Helden, an einer Ueberbetonung der selbständigen Staatlichkeit in der Vergangenheit usw. kommt die Tendenz einer russischen kulturellen Gleichschaltung zum Ausdruck.

Obwohl der gesamte staatliche Aufbau auf dem nationalen Prinzip gründet, wird in Theorie und Praxis immer wieder betont, das nationale Prinzip sei unter allen Umständen dem Klassenprinzip zu unterstellen: «Das Wesen der sowjetischen Föderation besteht darin, dass die Staatsmacht den Werktätigen jeder Nationalität, die Leitung des Staates aber der Arbeiterklasse... angehört.» Subjekte der Föderation sind die über eigene Siedlungsgebiete verfügenden Volksgruppen, Träger der Staatsmacht ist die Arbeiterklasse, das heisst ihr Vortrupp, die KPdSU.

Der Mensch

Vor 50 Jahren verkündete das neue Regime das Ziel, einen neuen Menschentyp, den sozialistischen oder Sowjetmenschen, zu formen. Er soll von den negativen Charaktereigenschaften der in feindliche Gruppen aufgespaltenen Klassengesellschaft befreit werden. In der alten Gesellschaftsordnung sei es unmöglich gewesen, einen einheitlichen Menschentyp für die ganze Gesellschaft zu prägen, da die einzelnen Klassen ihre eigenen Typen hätten.

Der neue Mensch soll vom Kollektivgeist durchdrungen sein, sich den Interessen des Kollektivs und der gesamten Gesellschaft restlos unterstellen, sein Lebensziel im Aufblühen der neuen Ordnung sehen, fleissig arbeiten, seine Kinder im sozialistisch-kommunistischen Geiste erziehen, seinen Mitmenschen immer behilflich sein, sowohl im Privatleben als auch in der Arbeit. Der neue Mensch soll alle Klassenbrüder in der ganzen Welt lieben und ihnen, seinen Kräften entsprechend, helfen und zugleich alle Gegner der neuen Ordnung im In- und Ausland hassen und bekämpfen. Der neue Mensch soll nicht für sich, sondern für die Gesellschaft leben, nicht für persönliche Bereicherung und das persönliche Glück, sondern für das Wohl der gesamten Gesellschaft arbeiten. Er muss in internationalen Klassenkategorien denken und bei jeder Stellungnahme einen Klassenstandpunkt einnehmen. Alles, was in der Welt geschieht, muss er durch das Prisma der klassen-gebundenen Lehren des Marxismus-Leninismus beobachten, bei der Beschlussfassung muss er immer von dem von der Partei diktierten Standpunkt der Arbeiterklasse ausgehen, worin seine «Parteilichkeit» oder «Parteilichkeit» zum Ausdruck kommt, was ebenfalls einer der wichtigsten Charakterzüge des neuen Menschen sein muss.

Der neue Mensch muss also lieben und hassen! Mit aller Liebe muss er sich für die Erbauer des Sozialismus im In- und Ausland einsetzen und die revolutionäre Bewegung im «nichtsozialistischen Ausland» unterstützen. Der neue Mensch muss jegliche strafbare Handlung unterlassen. Arbeit und ehrliches Leben sowie ständige

Selbstbildung in Politik und Beruf werden zur Gewohnheit, zu einer neuen Lebensbedingung für ihn.

Danach sind alle negativen Erscheinungen des Menschen, Religiosität, Nationalismus, Verbrechen, Egoismus, individuelle Einstellung usw., dem Sozialismus und Kommunismus grundsätzlich fremd, sie haben ihre Wurzeln angeblich in der alten Gesellschaftsordnung, sie sind «Ueberreste» des Kapitalismus. Staat und Gesellschaft, vor allem aber die Partei, kämpfen gegen diese Ueberreste, deren wirtschaftliche Basis der sich auf das Privateigentum mit Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stützende Kapitalismus ist.

Sofort nach der Machtergreifung wurde ein ganzer Mechanismus verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Organe unter Parteileitung eingesetzt, um diesen neuen Menschen heranzuzüchten, um das hinter dem Sein (dem materiellen Milieu) zurückbleibende Bewusstsein auf das Niveau des Seins zu erhöhen. Um das grosse Experiment mit menschlichen Subjekten durchzuführen, wurde alles zerstört, was die Erziehung zum neuen Menschen hinderte: die feindlichen Schichten wurden nicht nur als Klassen vernichtet, auch ihre Angehörigen wurden in Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern millionenweise zu Tode gequält. Die Gleichschaltung des Menschen und damit der gesamten Gesellschaft wurde mit drastischen Mitteln vorangetrieben.

Nach 50 Jahren tauchte die Frage auf: ist es gelungen, den neuen Menschentyp heranzubilden? Waren die schweren Opfer, «der Preis der Revolution», nicht umsonst? Bei der Antwort scheinen Theorie und Praxis einander zu widersprechen. Die marxistisch-leninistische Theorie behauptet: Der neue Mensch ist im wesentlichen geprägt. Insofern es in ihm noch negative Charakterzüge gibt, seien dies nur noch «Ueberreste». Da jedoch das Bewusstsein letzten Endes durch das Sein bestimmt wird, ist die dem materiellen Milieu entsprechende Entwicklung des Bewusstseins ein objektives Gesetz.

Um auch die letzten Ueberreste im Bewusstsein des neuen Menschen auszurotten, werden Anstrengungen unternommen, dem Menschen sowohl im Privatleben als auch in der Arbeit be-



Lomonosow-Universität in Moskau: Wissen bedeutet Macht.

hilflich zu sein, ihn zu erziehen und unter ständiger Kontrolle zu halten. Am weitesten geht diesbezüglich die Bewegung der Kollektive (Brigaden, Betriebe, Städte) der kommunistischen Arbeit, welche zum Ziele hat, die Werktätigen und ihre Familienmitglieder durch organisierte Freizeitgestaltung nicht nur an der Arbeitsstelle, sondern auch ausserhalb zu erfassen (kollektive Freizeitgestaltung, kollektive Ausflüge, Kino- und Theaterbesuche, gemeinsame Abende zur Unterhaltung und politischen Diskussion usw.). Diese Ende 1958 eingeführte Bewegung hatte schon anfangs 1965 über 30 Millionen Mitglieder.

Im Jubiläumsjahr wurde in Moskau der erste kommunistische Wohnblock fertiggestellt, in welchem die Mieter «kommunistisch leben und arbeiten» müssen. Kollektive Speisung, kollektive Freizeitgestaltung, kollektive Kindererziehung sind für den ersten kommunistischen Wohnpalast charakteristisch (1960 wurden zwei solche Paläste in der Tschechoslowakei erstellt; das Experiment ist jedoch misslungen, und sie funktionieren nicht mehr). Diese Wohnblöcke stehen dem kommunistischen Ideal nahe: Das Produzentenkollektiv wird zugleich zu einem Wohn- und Verwaltungskollektiv, zu einer kulturellen Einheit.

Der Übergang auf die Fünftagewoche in vielen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens und die Verkürzung der Arbeitszeit haben zur Folge, dass die Menschen mehr Freizeit haben. Die Freizeit muss jedoch für den neuen Menschen nur als Fortsetzung der Produktionstätigkeit und als Vorbereitung zur Arbeit angesehen werden. Er bekommt mehr Freizeit, um sich politisch und beruflich weiterbilden zu können. Hier kommt der Staat dem Menschen tatsächlich weitgehend zu Hilfe: Ein ganzes System von betrieblichen und höheren Kursen wurde aufgebaut, um jedem Menschen die Möglichkeit zur Bildung zu sichern. Damit der Mensch von den letzten Ueberresten des Individualismus befreit wird, damit er im materialistischen Sinne denkt und dementsprechend handelt, wurde auch ein ganzes System von Kontrollorganen errichtet: Haus- und Haus-

Lieber Leser!

Wir möchten Sie auf einige Titel aus unserem Verlag aufmerksam machen, die wir Ihnen **nicht** in unseren regelmässigen Ansichtssendungen zugestellt haben:

Neu sind erschienen:

Peter Sager, «Kairo und Moskau in Arabien»,
240 Seiten Text und 32 Seiten Illustrationen, broschiert, Fr. 16.40
Laszlo Revesz, «50 Jahre Weltkommunismus. Die Rolle der KPdSU»,
150 Seiten, broschiert, Fr. 8.60

Noch lieferbar — und immer noch aktuell sind:

Hans Jörg Pommer, «Antisemitismus in der UdSSR», 51 Seiten,
brochiert, Fr. 3.50
Laszlo Revesz, «Mieter und Wohnung im Ostblock», 101 Seiten und
Illustrationen, broschiert, Fr. 7.50
Revesz/Pommer, «Der Arzt im Sowjetreich, 119 Seiten, broschiert,
Fr. 9.60
Laszlo Revesz, «Der osteuropäische Bauer im 17. und 18. Jahr-
hundert», 331 Seiten, gebunden, Fr. 24.50

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung

blockkomitees mit den Hausverantwortlichen an der Spitze, Strassenkomitees, Elternkomitees in der Schule und Elternkomitees bei der Hausverwaltung zur Kontrolle der Kindererziehung, Kameradschaftsgerichte bei den Hausverwaltungen. Und es ist die Grundorganisation der Partei in den Wohnstätten, welche die Tätigkeit all dieser Organe koordiniert, leitet und kontrolliert und die Erziehung des neuen Menschen in seinem Privatleben fördert.

Wie auch in der sowjetischen Presse ständig und offen anerkannt wird, ist es bisher nicht gelungen, im Menschen das Individuelle und Besondere, die

bensstandards, viel mehr beschäftigt. Er trägt zwei Gesichter: eines in der Öffentlichkeit und das andere im privaten Kreis.

Diese «Spaltung der Persönlichkeit», wie die Erscheinung in der sowjetischen Literatur heute bezeichnet wird, bedeutet ein Fiasko der Gleichschaltungstendenzen. Im «Sowjetmenschen» entwickelte sich eine reflexartige Anpassungsfähigkeit im kollektiven Bereich. Seine Individualität befindet sich in einem sozialen Halbschlaf, in der inneren Emigration; sie erhält sich in einer verengten persönlichen Sphäre für spätere Zeiten grösserer Freiheit.

Geistlichkeit eine loyale Haltung zur Sowjetmacht ein ... Gleichzeitig muss jedoch berücksichtigt werden, dass es Bürger gibt, die einerseits aktiv am Leben des Landes teilnehmen und ihre Bürgerpflicht der Heimat gegenüber ehrlich erfüllen, andererseits aber noch unter dem Einfluss verschiedener Religionen stehen. Eine gründliche, geduldige und geschickt organisierte wissenschaftlich-atheistische Propaganda unter den Gläubigen wird ihnen helfen, sich letzten Endes von ihren religiösen Verirrungen zu befreien. Darum muss der Kampf gegen die religiösen Vorurteile jetzt als ideologischer Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung gegen die unwissenschaftliche, religiöse Weltanschauung betrachtet werden».

Konkrete Formen fand diese wissenschaftlich-atheistische Propaganda u. a. durch die Schaffung von Ersatzfeiern für Taufe und kirchliche Trauung. Auch die atheistische Kinder- und Erwachsenenbildung gehört zu der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda. Von der ersten Klasse der Achtjahrsschule an lernen die Kinder, dass es keinen Gott gebe, dass die Wissenschaft sämtliche Erscheinungen der Natur zu erklären vermöge. Ausserhalb des Unterrichts werden Pionierzusammenkünfte, literarische Gespräche und Abendveranstaltungen abgehalten, bei denen die Schüler durch Vorträge, Diskussionen, Filme und Theaterstücke mit atheistischen Themen vertraut gemacht werden. Die Schulen führen atheistische Bibliotheken oder gar Verkaufsstellen für atheistische Literatur. Schliesslich gehört der klassenweise Besuch atheistischer Filme zum obligatorischen Schulprogramm.

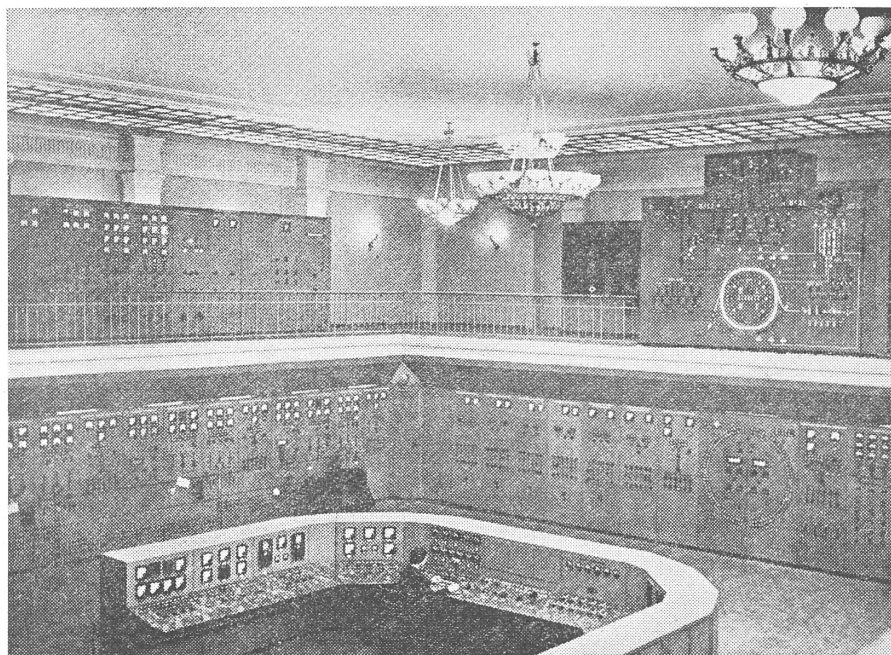
Für die Kollektivbeeinflussung Erwachsener sorgen zunächst die Massenmedien von Presse, Radio, Fernsehen und Film. Dazu kommt eine gezielte Aktivität im sogenannten «Heim für Atheisten», wo u. a. auch die Kurse und Seminare zur Agitatorausbildung stattfinden. Die Parteikontrolle wird im Rahmen der KP-Organisation durch die Bildung von «Atheistensowjets» gewährleistet, gegliedert in mehrere Sektionen, die für verschiedene Bereiche der atheistischen Aufklärungsarbeit verantwortlich sind.

Für die gesamte Aufklärungsarbeit der Partei wird der Ausbildung der notwendigen Fachkader vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet. In einem Institut für wissenschaftlichen Atheismus werden Kader ausgebildet, die wichtigsten Fragen bearbeitet, Konferenzen und Seminarien organisiert. An allen Hochschulen und Universitäten der UdSSR werden Lehrstühle für wissenschaftlichen Atheismus errichtet, wobei dieser Pflichtfach mit Prüfungszwang ist.

Komsomol und Gewerkschaftsorganisationen sowie Volkshochschulen sind in das Programm mit einbezogen worden.

Damit ist der Kampf gegen die Religionen in der UdSSR eine Angelegenheit des ideologischen Kampfes geworden, der sich auf die wissenschaftlich-atheistische Jugend- und Erwachsenenbildung verlegt hat.

Die atheistische Aufklärungsarbeit hat in der UdSSR unter Chruschtschow ein solches Ausmass angenommen, dass sowohl Lenins als auch Stalins Massnahmen auf diesem Gebiet weit übertroffen wurden. Allerdings ist die offene Gewalt durch eine Offensive auf geistigem und psychologischem Gebiet abgelöst worden. Diese Methoden der sowjetischen Kirchenpolitik wer-



Steuerung eines Atomwerkes. Noch überwindet der technische Stil den sozialistischen Realismus der Leuchter nicht.

Persönlichkeit, auszuradieren. Es ist nicht gelungen, den Menschen dem Kollektiv restlos unterzuordnen und aus ihm ein gehorsames Instrument der das Kollektiv leitenden und kontrollierenden Partei zu machen. Die jahrzehntelangen Erfahrungen des zum Teil blutigen Kampfes um den neuen Menschen beweisen, dass das Hauptmerkmal des menschlichen Wesens doch der Drang nach Freiheit ist. Der Protest der Subjekte des grossen Experimentes gegen die Mittel und Methoden der Kollektivierung des privaten Lebens zeigt eindeutig, dass der Mensch auf seine private Sphäre nicht verzichtet, dass er vielmehr bereit ist, diese mit Gewalt oder List zu verteidigen. Was vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen ein Negativum ist, muss vom allgemein menschlichen Standpunkt aus gesehen als das grösste Positivum des teuren Experimentes gewertet werden. Der Mensch lehnt die ihm aufgezwungene Gleichschaltung entschieden ab.

Der propagandistisch so hochgespielte neue Menschentyp, der «Sowjetmensch», unterscheidet sich daher kaum vom allgemeinen Menschentyp. Vielleicht nur darin, dass er kämpferischer und misstrauischer ist und dass ihn die Frage der rechtlichen und geistigen Freiheit, als Folge wohl auch der Erhöhung des Bildungsniveaus und Le-

Die Kirche

Als das Sowjetregime während des Krieges in harter Bedrängnis stand, suchte Stalin auch bei der Kirche Rückhalt. Nach dem Tode Stalins, in der Ära Chruschtschow, haben sich die Methoden der Kirchenpolitik gewandelt, wenn auch die von Lenin und Stalin gesetzten Ziele sich kaum veränderten. Bestehen blieb das grundlegende Verhältnis zwischen Kirche und Staat, gegründet auf dem Prinzip der staatlichen Kontrolle, der Trennung von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule. Weitere machtpolitische und administrative Massnahmen erübrigten sich weitgehend, so dass sich das Schwergewicht jetzt auf die erzieherische Kleinarbeit verlagerte. Der Kampf gegen die Religion verlor an Terror und gewann an Intensität.

Bereits 1954 legte das ZK der KPdSU die Aufgaben der antireligiösen Aufklärungsarbeit der Partei in einem Beschluss fest, in dem es u. a. hiess: «Durch den Sieg des Sozialismus und die Liquidierung der Ausbeuterklasse sind nunmehr in der UdSSR die Wurzeln der Religion untergraben und die Grundlagen der Kirche vernichtet. Auch nimmt jetzt die Mehrheit der

den auch von den Nachfolgern Chruschtschews fortgesetzt.

Trotz aller geistigen Bemühungen überleben in der UdSSR sowohl die Kirche als auch die Religion, wobei dieser Umstand teilweise auf die heute kritisierten Konzessionen Stalins zurückgeführt werden, so etwa 1964 von Ilitschew.

Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist die Religion ein falsches Bild sowohl der Naturmächte als auch der sozialen Mächte im menschlichen Bewusstsein. Sie ist demnach eine wissenschaftlich falsche Lehre und eine sozial schädliche Ideologie, weshalb sie bis zu ihrer Ausrottung bekämpft werden muss.

Nach der Verfassung ist die Glaubensfreiheit gewährt. Das ist ein staatliches Versprechen. Der Kampf gegen Kirche und Religion wird nicht vom Staat, sondern von der Partei geführt. Trotz dieses Kampfes bestehen noch dezimierte Kirchen. Offiziell sind 15 Kirchen und Glaubensgemeinschaften anerkannt, wovon die wichtigsten nachfolgend aufgeführt werden.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche, unter Patriarch Alexius mit Sitz in Moskau, Mitglied des Oekumenischen Rates in Genf. Die Zahlen für die Jahre 1913, 1941 und 1960 illustrieren deren Entwicklung. Bischöfe: 130, 28, 73; Priester: 50 000, 5000, 30 000; Kirchen und Kapellen: 78 000, 5000, 20 000; Klöster 1025, 0, 67; geistliche Akademien und Seminare: ?, 0, 10. Diese Zahlen haben sinkende Tendenz. Seit 1960 hat die Zahl der Kirchen und Priester um mehrere tausend abgenommen; drei bis fünf Seminare wurden geschlossen. Diese Kirche zählt heute etwa 40 Millionen Gläubige.

Die Georgische Orthodoxe Kirche, unter dem Katholikos-Patriarchen Ephraim II. mit Sitz in Tiflis, ebenfalls Mitglied des Oekumenischen Rates in Genf. Sie umfasst 15 Bistümer (wovon 1958 acht vakant waren) und zählt etwa 2,5 Millionen Gläubige.

Die Armenisch-Gregorianische Kirche unter einem Katholikos mit Sitz in Etschmiadsin.

Die römisch-katholische Kirche verfügt heute im altrussischen Gebiet noch über 3 Kirchen (1913: 980). In den 1945 annektierten Gebieten wurde die Zahl der Kirchen von 1100 auf 700 reduziert. In den westukrainischen und transkarpatischen Gebieten wurde die mit Rom verbundene unierte Kirche zum Anschluss an das Moskauer Patriarchat verhalten.

Die lutherische Kirche, vorwiegend in Lettland und Estland, zählt etwa 350 000 Gläubige und verfügt noch über 100 Kirchen und 150 Pfarrer.

Der Unionsrat der Baptisten zählt etwa 3 Millionen Gläubige und besitzt 6000 Gemeindehäuser und Pastoren.

Von den insgesamt etwa 3 Millionen Juden in der Sowjetunion praktiziert rund ein Drittel. Ihnen stehen etwa 70 Synagogen und Rabbiner zur Verfügung. Die einzige, 1957 gegründete Jeschiva (Rabbinerseminar) wurde 1962 wieder geschlossen.

Die *Moslems*, ungefähr 30 Millionen, leben vorwiegend in Zentralasien. Sie werden durch den atheistischen Kampf ebenfalls hart bedrängt, während der Sowjetstaat gleichzeitig grosse Propaganda unter den ausländischen Moslems betreibt und zu diesem Zweck vor allem die religiöse Verwaltungsstelle in Taschkent einsetzt.

Die Wirtschaft

Das hervorstechendste Merkmal der sowjetischen Volkswirtschaft ist die zentrale Planung. Sie war ein Postulat der Ideologie gewesen und wurde mit der Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln (Kapital) zur praktischen Notwendigkeit.

Der Volkswirtschaftsplan ist in seiner allgemeinsten Form eine Anweisung, welcher Teil des Nationaleinkommens zum Ausbau der Wirtschaft zurückbehalten wird (Re-Investition), und welcher Teil dem Markt als Konsumgüter zugeführt wird und mithin verbraucht werden darf.

Diese auf höchster Partei- und Staatsebene nach Überlegungen machtpolitischer Natur gefällte Entscheidung wird in einem mehrstufigen Prozess aufgeschlüsselt und erreicht schliesslich den einzelnen Betrieb, wo sie in Produktionsnormen konkretisiert wird. Den Unternehmen sind damit nicht nur Quantität und Qualität der herzustellenden Erzeugnisse, sondern auch die Mengen der Produktionsfaktoren und deren Kombination vorgeschrieben.

Insgesamt hatte die Sowjetunion bis heute und mit Ausnahme der Kriegsjahre sechs Fünfjahrpläne und einen Siebenjahrplan (1959–1965). Gegenwärtig läuft der 7. Fünfjahrplan für die Periode 1966–1970. Diese Fünfjahrpläne werden im Rahmen einer Perspektivplanung von 15 bis 20 Jahren erstellt und für jedes Jahr in einen Jahresplan umgesetzt.

Diese Art der zentralen Planung schränkt die persönliche Initiative ebenso ein wie die persönliche Verantwortung. Sie erwies sich nach bisheriger Erfahrung ferner als ausserordentlich starr und anpassungsunfähig. Sie hat es aber erlaubt, die Schwerindustrie, allerdings zu Lasten der Konsumgüterindustrie, beträchtlich zu entwickeln. Für jene Gebiete, die machtmässig von Belang sind — neben der Schwerindustrie vor allem die wissenschaftliche Forschung, die Ausbildung sowie die Propaganda —, konnten grosse

Mittel abgezweigt werden. Trotz dieser sichtbaren Erfolge ist der kommunistischen Planwirtschaft ein Gesamterfolg versagt geblieben.

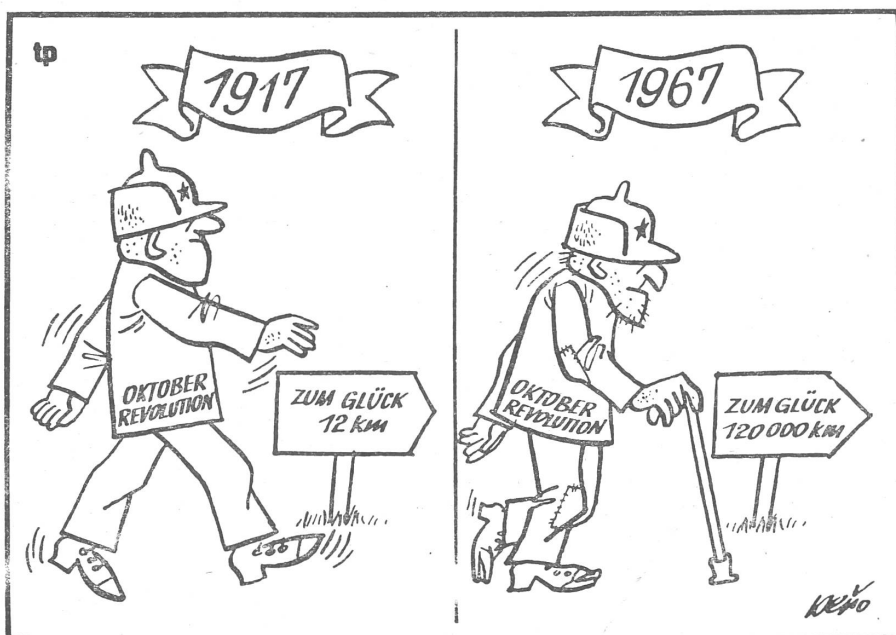
Dieser Umstand, dass sich nämlich Erfolg und Misserfolg der sowjetischen Volkswirtschaft auf eigenartige Weise verbinden, hat einer sachlichen Beurteilung immer erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Und doch ist das Problem nicht so kompliziert, wie es auf den ersten Anblick scheinen mag.

Je nach dem Aspekt ist das kommunistische Wirtschaftsexperiment in der Tat ein überwältigender Erfolg oder ein völliger Misserfolg.

Der *Erfolg* liegt darin, dass nach Ansicht der Sowjetführung die wirtschaftsbedingten Machtfaktoren — Schwerindustrie, Forschung, Ausbildung, Propaganda — tatsächlich aufgebaut worden sind. So konnte beispielsweise im Jahre 1965 der sowjetische Anteil an der Weltproduktion von Eisenerz auf 25,5 Prozent, von Roh-eisen auf 20,3 Prozent, von Stahl auf 19,8 Prozent, von Zement auf 17,2 Prozent gesteigert werden. Das war das dieser Planwirtschaft gesteckte Ziel, und es ist in einem beachtlichen Ausmass erreicht worden.

Wenn nun das Gesamtergebnis gewürdigt wird, offenbart sich der *Misserfolg* der Sowjetwirtschaft. Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist niedriger als in den meisten westlichen Staaten. Die Versorgung des einzelnen Staatsbürgers mit Konsumgütern (Lebensmittel, Wohnraum, Freizeitgestaltung usw.) ist bedeutend schlechter als in allen Staaten ausserhalb der Entwicklungsländer. Das Realeinkommen des russischen Arbeiters hat denn auch beträchtlich langsamer zugenommen als das eines westeuropäischen Arbeiters. Die Hektarerträge der sowjetischen Landwirtschaft beispielsweise betragen etwa einen Drittel der westdeutschen. So haben die Propaganda, die vom Erfolg spricht, und die Gegenpropaganda, die vom Misserfolg spricht, gleichermassen recht und unrecht.

Die Frage, wie sich ein Teilerfolg (höhere Wachstumsraten der Industrie und damit rascherer



Machtzuwachs) im Rahmen eines Misserfolges (kleineres Gesamtprodukt) erzielen liess, findet eine leichte Erklärung: Auf Kosten des Konsums wurde von einem kleineren Sozialprodukt der grössere absolute Betrag zum Aufbau der Schwerindustrie abgezweigt.

Dieser Vorgang lässt sich an einem vereinfachten Beispiel illustrieren. A hat ein Einkommen von Fr. 2000.— monatlich, B ein solches von Fr. 1500.—. A gibt für seinen Lebensunterhalt Fr. 1800.— aus und legt monatlich Fr. 200.— auf die Bank (Reinvestition). B gibt Fr. 1000.— aus und legt Fr. 500.— auf die Bank. Der Lebensstandard von A ist 80 Prozent höher als jener von B. Nach 20 Jahren hat A bloss Fr. 48 000.— auf der Bank, B aber Fr. 120 000.—. Die wirtschaftliche «Macht» von B ist damit grösser als die von A. Obschon B um 25 Prozent weniger verdient hat (kleineres Einkommen), konnte er mit einem um 80 Prozent geringeren Konsum (noch tieferer Lebensstandard) seine Position festigen. Ein solcher grösserer Konsumverzicht ist in der Sowjetunion mit Hilfe der Diktatur erzwungen und ermöglicht worden.

In den letzten Jahren hat sich die sowjetische Wachstumsrate bedeutend verlangsamt. Dafür sind viele Faktoren verantwortlich: rein arithmetisch wirken sich die Aufstockungen weniger spektakulär aus; ferner wurde die Sowjetunion durch ihre weltweite Präsenz mit Waffen, Propaganda und Entwicklungshilfe stark beansprucht; zudem fordert die eigene Bevölkerung ein grösseres Stück vom sozialen Kuchen.

Daher gewinnt die Diskussion um die Wirtschaftsreform an Bedeutung. Sie zielt auf eine wirksame Erhöhung der Gesamtproduktion. Mit seinem am 9. November 1962 veröffentlichten Artikel «Plan, Gewinn und Prämie» hat der Charkower Professor Libermann scharfe Kritik an der bestehenden Planwirtschaft geübt. Im Mai 1964 wurden versuchsweise zwei Moskauer Textilbetriebe aus den starren Planfesseln teilweise gelöst. Sie richten sich jetzt mehr nach dem Marktbedarf aus und kombinieren die Produktionsmittel nach Rentabilitätsüberlegungen. 1966 arbeiteten bereits 673 Industriebetriebe mit etwa 2 Millionen Arbeitern nach diesem neuen System. Damit ist ein bescheidener Einbruch in die zentrale Wirtschaftsplanung erfolgt. Diesen rationalen Weg einer rationelleren Wirtschaft weiter zu beschreiten, ist für die Sowjetführung nicht ungefährlich. Er führt zum wirtschaftlichen Pluralismus, der schliesslich den politischen Pluralismus erzwingen könnte.

Die Wissenschaft

Vom Revolutionsjubiläum abgesehen, kann die UdSSR dieses Jahr zwei Zehnjahresfeiern begehen, welche in aller Unterschiedlichkeit Sinnbild für die erreichten Spitzenpositionen sowjetischer Wissenschaft sind: 1957 wurde der erste Sputnik gestartet, und 1957 wurde das sibirische Akademikerstädtchen «Akademgorodok» gegründet, wo sich eine präzedenzlose Konzen-

tration von Naturwissenschaftlern mit Problemen von Erschliessung und Aufbau des Landes beschäftigt.

Die wissenschaftlichen Früchte einer zielbewussten Bildungspolitik sind im letzten Dezennium mit seinem relativen Establishment geerntet worden. Praktisch ausgeklammert werden hier freilich die Geisteswissenschaften, die noch immer am Gängelband der Doktrin geführt werden. Dagegen ist das Primat der Ideologie im naturwissenschaftlichen Leben praktisch vorläufig sistiert. Während die Publikation bedeutender Werke ideologisch-politischer Natur immer spärlicher wird (selbst die Lenin-Gesamtausgabe ist nach 50 Jahren immer noch Flickwerk), geht die Herausgabe wichtigster naturwissenschaftlicher Veröffentlichungen mit Beschleunigung vor sich, und die diesbezüglichen westlichen Arbeiten werden laufend übersetzt.

Für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung opfert die UdSSR offiziell etwa 5 Prozent des Nationaleinkommens, dieses Jahr fast 9 Milliarden Rubel (etwa 36 Millionen Franken zum offiziellen Kurs), wobei die tatsächlich dafür ausgegebenen Summen vermutlich erheblich grösser sind als die budgetierten.

Leitendes Zentrum der sowjetischen Wissenschaften ist die Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau, die über 100 Forschungsinstitute umfasst. Mehr als 700 000 Wissenschaftler arbeiten in den verschiedenen Forschungsstätten des Landes (USA: 800 000). Die eingangs erwähnte Gelehrtsiedlung Akademgorodok

denz clichés bern

Tschannerstrasse 14
Telefon 031-45 11 51

Es lohnt sich

im «Klaren Blick» zu inserieren
den «Klaren Blick» zu abonnieren

und vor allem

den «Klaren Blick» zu lesen

OVOMALTINE

um mehr zu leisten!

warm

kalt

frappée

YES SIR
RITEX
YOUNG
STYLE



TORERO
nannten wir
ihn, weil wir
glauben, dass nur
Männer ihn tragen,
die auch in die
Arena steigen
würden.

In diesem Mantel
steigen Sie in die
Arena der Öffentlichkeit:
markant
detailliert und mit
Spitzrevers.
Solche modischen
Details sind typisch
für RITEX. Wie der
Schnitt, die Verarbeitung und das
Material dieses
Mantels. Uebrigens:
reine Schurwolle!

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

dok zählt 35 000 Einwohner, von denen 12 000 Vollakademiker sind. Vierzehn mit modernsten Mitteln und Computern ausgestattete Institute sind hier vereint. Ähnliche Akademikerstädtchen sind nach diesem Vorbild im Ausbau. Unweit Akademgorodok (die technische Zukunft liegt in Sibirien) liegt Baikonur, das Zentrum der sowjetischen Weltraumforschung, die weiter gediehen ist als die amerikanische.

Von der wissenschaftlichen Forschung der Welt wird gut ein Sechstel von der UdSSR bestritten (ein Drittel von den USA). Auftraggeber ist der Staat, insbesondere durch Wirtschaft und Armee. Die Wissenschaftler gehören sowohl materiell als auch bezüglich der Arbeitsbedingungen zu den privilegiertesten Schichten der Sowjetgesellschaft. Grundlage der technischen und wissenschaftlichen Spitzenleistungen ist das heutige Bildungspotential, das aus dem weitgehenden Analphabetismus der vorrevolutionären Zeit heraus geschaffen wurde. Die UdSSR zählt rund 75 Millionen Lernende aller Stufen, was einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht. Vier Millionen Studenten sind an den Universitäten und Hochschulen immatrikuliert, ebenso viele studieren an den Fachmittelschulen. Bis 1970 will man der gesamten schulpflichtigen Generation des Landes die allgemeine, vollständige Mittelschulbildung (acht Jahre Grundschulen plus zwei Jahre Mittelschule) garantieren. Vorrang haben schon auf den unteren Stufen die Naturwissenschaften (diese Fächer nehmen bereits in der achten Klasse die Hälfte der gesamten Unterrichtszeit ein und umfassen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, technisches Zeichnen usw.). Die früher forcierte polytechnische Bildung (Produktionsunterricht und Praxis) ist dagegen weitgehend zurückgeschraubt worden, da sie sich in der differenzierten technischen Gesellschaft immer mehr als Zeitverlust erweist.

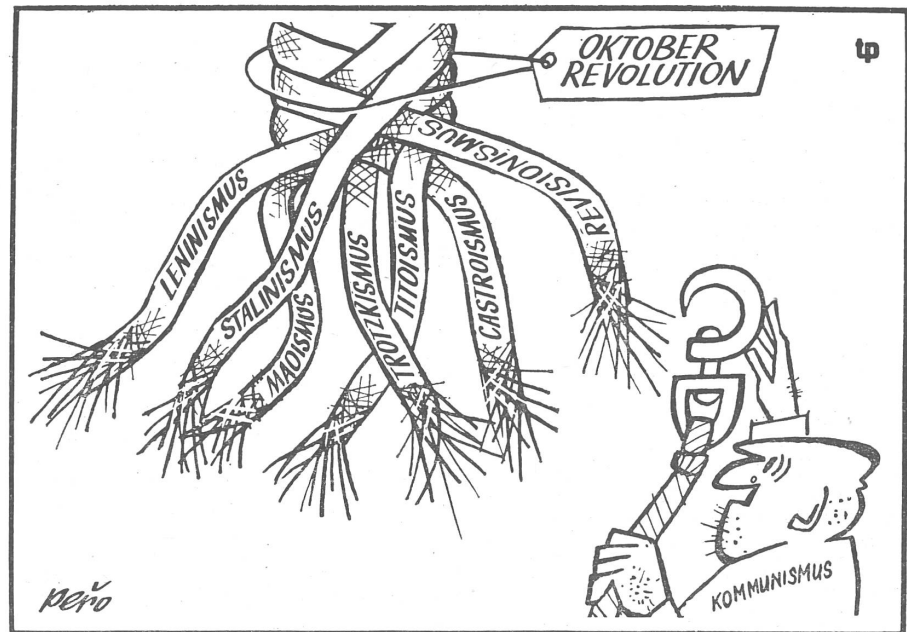
Die Armee

Die Streitkräfte der UdSSR verfügen heute über 3,8 Millionen Mann. Davon entfallen 2 Millionen auf das Heer, 730 000 auf die Luftwaffe und 470 000 auf die Marine. Die strategischen Raketenverbände zählen rund 200 000 Angehörige, während man die ausgebildeten Reservisten aller Streitkräfte auf die imponierende Zahl von 20 Millionen schätzt.

Die Landstreitkräfte umfassen Infanterie-, Panzer-, Artillerie- und Luftlandtruppen sowie Spezialeinheiten. Sie sind heute durchwegs mit modernsten Waffen ausgerüstet und haben trotz Aufkommen von Nuklearwaffen und Raketen-technik nichts von ihrer Bedeutung verloren. Der Panzerbestand wird auf 58 000 Kampffahrzeuge aller Art geschätzt, darunter eine beachtliche Zahl von Schwimmpanzern zur Ueberwindung von Flusshindernissen.

Die Luftstreitkräfte verfügen über insgesamt 12 000 Flugzeuge, deren Gliederung nach Bestimmung, flugtechnischen Eigenschaften und Bewaffnung erfolgt. Bemerkenswert ist, dass die erst nach dem Kriege eingeführten strategischen Bombengeschwader trotz aller Fortschritte im Raketen- und Luftwaffenbau heute noch ausgebaut werden.

Die Seestreitkräfte umfassen Flotten und Flottillen. Zu den Flotten gehören zunächst Verbände und Einheiten von Ueberwasserschiffen (etwa



270 Einheiten über 1000 Tonnen und 1400 Einheiten unter 1000 Tonnen), dann 465 (zum Teil atomgetriebene) Unterseeboote, schliesslich Luftstreitkräfte, Küsten- und Flakartillerie sowie verschiedene Spezialtruppen und Marinedienstzweige. Neueren Datums sind die Marine-Infanteristen, die sogenannten Landungstruppen.

Die Atomraketenstreitkräfte sind heute in der Lage, jeden beliebigen Punkt der Erdoberfläche unter Beschuss zu nehmen. Die bekanntesten Raketentypen sind: T-3 (Reichweite 9000 km), T-4 (1800 km), J-2 (1300 km) und Komet-2 (1300 km). Man berechnet den Gesamtbestand sowjetischer Raketen auf 20 000, worunter etwa 100 interkontinentale Raketen.

Die Luftabwehr verfügt über die konventionellen Mittel hinaus über einen gut ausgebauten Raketenabwehrgürtel, der sich von der nördlichen Halbinsel Kola durch die Ostsee und die europäischen Volksdemokratien bis zum Süden der UdSSR erstreckt.

Von den im Ausland stationierten Sowjettruppen befindet sich der grösste Teil in der DDR. In Polen sorgen geringe Bestände für die Aufrechterhaltung der Nachschubwege nach Ostdeutschland, während in Ungarn nebst Spezialtruppen vermutlich drei mechanisierte Divisionen stationiert sind.

Die Kunst

Der stille Don in Neuauflage, ölgemalte Traktoren im Sonnenaufgang, progressivistisch aufgehellte Beethovenakkorde, diese Assoziationen erweckt der sozialistische Realismus, von dem Fadejew, der Präsident des sowjetischen Schriftstellerverbandes, sagte: «Der Teufel weiss, was das ist».

Noch immer ist der sozialistische Realismus als Schaffensprinzip der Sowjetkunst offiziell in Kurs. Er soll stilistischer Ausdruck für die «Parteilichkeit» der Kunst sein, ihre Rolle im gesellschaftlichen Aufbau verkörpern. Indessen ist er dazu

so untauglich geworden wie anderswo die himmelblaue Gipsmadonna als Anreiz zu religiösem Erleben.

Die Ablösung der aus ihm seinerzeit abgeleiteten stilistischen Vorschriften mit ihrer Pseudo-Aussage charakterisiert die heutige Situation dort, wo es ausschliesslich oder vorwiegend um formale Aspekte geht. Praktisch durchgeführt ist sie unter offizieller Sanktionierung in der Architektur, die ihre Impulse von der internationalen Entwicklung erhält und auf sie zurückwirkt. Auf dem Gebiet der bildenden Kunst muss um den Anschluss gekämpft werden. Die Kriterien sind ungewiss oder plump politischer Natur: Picasso ist in sowjetischen Ausstellungen genehm, Chagall oder Kandinsky noch immer nicht. Dass 1967 junge Sowjetkünstler expressionistischer und abstrakter Richtung in Moskau eine Ausstellung organisieren konnten, ist ebenso bezeichnend wie deren polizeiliche Schliessung nach ein paar Stunden Dauer.

Grundsätzlich um mehr geht es in der Literatur, die Gedanken, und insbesondere politische Gedanken, in nachprüfbarer Weise formulieren kann. Hier erfolgt denn auch die Nachprüfung, und zwar nach dem Kriterium der potentiellen Opposition. Die Mittel sind gegenwärtig wieder Schriftstellerprozesse, wie gegen Sinjowski/Daniel oder (bevorstehend) gegen Ginsburg und Freunde, daneben diskrete Einweisungen in psychiatrische Anstalten und eine massiver gewordene Denunziierungskampagne gegen alles, was nach Systemkritik riecht. Das kann eine Phase im Auf und Ab dessen sein, was man Tauwetter und Liberalisierung nannte. Aber beide Erscheinungen samt den dazu gehörigen rückläufigen Bewegungen waren bisher unter anderem dadurch charakterisiert gewesen, dass sie mehr oder weniger regimewillig waren, dass sie mehr oder weniger den zentralen Manipulationen der Machthaber folgten. Heute ist die Auseinandersetzung wahrscheinlich in dem Sinne echter geworden, als aufbegehrende Schriftsteller nicht länger mehr weitere Liberalisierung wollen, sondern Meinungsfreiheit fordern. Solschenizyns Brief gegen die Zen-

sur setzte für das Jahr 1967 einen Präzedenzfall, der vielleicht schwerer wiegt als die polizeistaatlichen Reaktionen aus der Devisenfrage heraus. Stand bis dahin die Frage nach dem zugebilligten Spielraum im Vordergrund, so scheint nunmehr Kampf um die Unabhängigkeit des Ausdrucks einzusetzen. Die Forderung geht dabei nicht nach Abschaffung, sondern nach Verwirklichung des Sozialismus: sozialistische Realität statt Sozialistischer Realismus.

Fast problemlos ist die Entwicklung in der *ausführenden Kunst* (Konzert, Ballett, Mimik usw.) verlaufen. Hier sind die grossen und kleinen Traditionen Russlands und der andern Nationalitäten unter besonderer Berücksichtigung der Folklore bis zur Vollkommenheit gepflegt worden. Die vorrevolutionäre Artistik kann diesen Herbst dankbar ihre fünfzigjährige Bewahrung und Hebung feiern.

Die Umwelt

Als erstangiger Faktor der Weltpolitik kann die Sowjetunion unter zwei Aspekten betrachtet werden: als führende revolutionäre Macht und als nationale Grossmacht.

Als revolutionäre Führungsmacht hat die UdSSR an Glaubhaftigkeit verloren. Seit dem Ende der Chruschtschewschina ist aus dem Streit mit China eine Konfrontation zwischen Nationen und Gesellschaftsformen geworden, welche den Gemeinsamkeiten der ideologischen Zielsetzung praktisch keinen Raum mehr lässt. Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ist der Polyzentrismus zu einer Dominante geworden, der gegenüber sich ein Moskauer Führungszentrum immer schwerer behaupten kann. In den Entwicklungskontinenten beanspruchen die «nationalen Befreiungsbewegungen» eine echtere revolutionäre Zielsetzung als die gesellschaftlichen Revolutionstheorien der Sowjetunion und fühlen sich in einer Linksoption zu Moskau. Als arrivierte Industriemacht gehört die UdSSR zur entwickelten nördlichen Hemisphäre, die sich insgesamt dem unterentwickelten, schlecht strukturierten und aufbegehrenden «Süden» gegenübergestellt sieht.

Als nationale Grossmacht hat die UdSSR in den letzten drei Jahren an Statur gewonnen. Dabei hat sie von der chinesischen Kulturrevolution und von der amerikanischen Absorption in Vietnam profitiert. Ueberdies ist sie in einer global recht verbreiteten Sicht zu einer Art «dritten Macht» zwischen Washington und Peking geworden, der stabilisierende und schiedsrichterliche Funktionen zugetraut werden. Im Nahostkonflikt hat sich sowohl der mangelnde Realismus als auch die tatsächliche Wirksamkeit solcher Betrachtungsweise gezeigt.

Wesentlich *verbessert* hat die Sowjetunion (seit der Spätzeit Chruschtschews) ihre Positionen gegenüber China. Dies gilt jedenfalls, wenn man als

Ziel nur die Gewinne in der Auseinandersetzung annimmt, und nicht etwa deren Beilegung.

Von den Staaten, die vor drei Jahren praktisch als Satelliten Chinas gelten mochten, ist Nordvietnam (zwischen Peking und Moskau) strikt neutral und Nordkorea annäherungsweise pro-sowjetisch geworden. Die schon bestehende Zugehörigkeit der Mongolei zum sowjetischen Lager hat unter anderem durch den Ausschluss sämtlicher chinesischer Entwicklungshelfer definitiven Charakter angenommen. Der antikomunistische Umsturz in Indonesien stand unter antichinesischem Vorzeichen und ist sowjetischerseits trotz einiger Lippenproteste praktisch gebilligt worden. (In diesem Fall hat die UdSSR die nationalen Interessen eindeutig vor die revolutionären oder ideologischen Interessen gestellt und sich damit Vorteile erworben.) In Japan hat sich die kommunistische Linke dem chinesischen Einfluss entzogen, und gleichzeitig sind auch die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Tokio und Moskau in Richtung auf freundschaftliche Zusammenarbeit gediehen. In Südostasien ist der sino-sowjetische Einflusskampf noch offen. Zurzeit wird er hauptsächlich durch das gegenseitige Ueberbieten an Solidaritätsbeweisen im Vietnamkrieg dominiert. Zur Entscheidung dürfte es nach einem allfälligen amerikanischen Rückzug kommen. Die lange, direkte Grenze zwischen der UdSSR und China ist heisser geworden. Doch scheint die Sowjetunion an selbstsicherer defensiver Stärke gewonnen zu haben. Auch macht die wirtschaftliche Erschliessung der Grenzregionen Fortschritte, so dass die chinesischen Gebietsansprüche immer irrealer werden.

Hat die Sowjetunion seit 1964 gegenüber China aufgeholt, so hat sie gegenüber Osteuropa entgegen den damaligen Prognosen *kaum verloren*. Die Emanzipation der Volksdemokratien ist zwar nicht rückläufig geworden, bewegt sich aber doch sehr nahe am Stagnationspunkt. Die nationale Selbstbehauptung Rumäniens hat sich verstärkt, ohne indessen bis anhin Nachahmer zu finden. Bonns Oeffnungsversuch nach Osten und die Nahostkrise waren dieses Jahr Indizien für das immer noch wirksame aussenpolitische Blockverhalten Osteuropas unter dem Diktat Moskaus. (Dass hier eine Angleichung Belgrads dazu kam, entsprach der politischen Konjunktur und bedeutet keine neue Etappe im Verhältnis Moskau—Belgrad, das sich seit Chruschtschews Weggang nicht in einer schliesslich definierbaren Weise entwickelte.) Alles in allem steht der Desintegration der westlichen Bündnisse keine entsprechende Erscheinung im Sowjetlager gegenüber, und die bestehenden Ansatzpunkte sind im wesentlichen immer noch die gleichen wie vor drei Jahren.

In ihrem *Verhältnis zu Westeuropa* profitiert die Sowjetunion politisch von der «Los-von-Amerika-Bewegung», ohne der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA verlustig gegangen zu sein, soweit sie schon zuvor abgesteckt waren. Die Ablösung des Antisowjetismus durch den Antiamerikanismus

entspricht zwar erst in Frankreich der gouvernementalen Politik, ist aber als Stimmungserscheinung in ganz Europa zu einem politischen Faktor geworden. In der Deutschland-Frage hat die «Moskauer Gegenoffensive» genau die Kräfte vereinigen können, auf die sie vernünftigerweise zählen durfte (und in der Berlin-Frage geht die Entwicklung ohne sowjetisches Dazutun in eine moskaugenehme Richtung).

Im direkten Verkehr zwischen den Grossmächten *UdSSR und den USA* hat sich seit Chruschtschews Weggang die Sicherung vor einem Weltkrieg einigermassen eingespielt, aber eine (gar vereinbarte) Festlegung der Einflussphären bedeutet das nicht, was immer dazu von rechts und links gesagt wird. Die letzten drei Jahre haben die These der «drôle d'alliance» schon insofern entkräftigt, als diese sonst in zunehmendem Masse hätte manifest werden müssen, was nicht der Fall war. Zurzeit ist eine Ausweitung des realen und potentiellen sowjetischen Interventionsgebietes im Gange, während alle Welt mit der Denunzierung der amerikanischen Interventionen beschäftigt ist.

Gegenüber den Entwicklungskontinenten hat die Sowjetpolitik unter der kollektiven Führung unzweifelhaft an Konsistenz gewonnen. Die Ausnahme bildet vielleicht Lateinamerika, und zwar unter anderem bezeichnenderweise deshalb, weil dort Interessenkollisionen mit einem schon vorhandenen kommunistischen Land (Kuba) und seinem revolutionären Führungsanspruch bestehen. Die castristische These von der gewaltsamen Revolution droht die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und den lateinamerikanischen Partnern zu stören, und die gleichzeitige Verpflichtung zum Beweis revolutionärer Solidarität und zur Wahrung nationaler Interessen wirkt sich hier widersprüchlich aus.

Anderswo hat die Sowjetunion diesen latenten Widerspruch mit Hilfe der neuen Konzeption der «nationalen Demokratie» überwinden können. Sie läuft unter Hintenanstellung ihres theoretischen Gehaltes ungefähr darauf hinaus, dass Staaten mit einer sowjetfreundlichen und anti-amerikanischen Aussenpolitik unbeschadet ihrer Strukturen unterstützt werden können, notfalls unter Opferung der bestehenden kommunistischen Parteien, wie das in den arabischen Ländern der Fall war. Die Priorität, die der «nationalen Befreiung» vor der sozialistischen Revolution eingeräumt wird, hat sich bei jenen Staaten der dritten Welt bezahlt gemacht, die in der aussenpolitischen Anlehnung an Moskau eine Garantie vor der landeseigenen Linksoption erblicken. Zur Gewinnung der arabischen Staaten diene der Sowjetunion darüber hinaus die Förderung einer israelischen Endlösung im arabischen Sinne. Durch Behutsamkeit und Beharrlichkeit hat die Sowjetunion ihre Position ferner in Indien gefestigt, wobei der indisch-pakistanische Friedensschluss in Taschkent noch generell das Ansehen der UdSSR als Vermittlungsmacht gehoben hat.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Informationen zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochen-dienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.